

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pro Nummer 20 Pf. monatlich 1.30 Mk. vierteljährlich 3.90 Mk. monatlich 1.30 Mk. wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements 1.30 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.20 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Kolumbien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berammlungs-Anzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen, das ist Gebühre für 20 Pf. (zwei Zeilen 2 Zeilen Gebühre), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. **Sonnabend, den 24. Juni 1916.** Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vom inneren Frieden.

II.
 Für die Deutschkonservativen äußert sich in der Thimmeschen Werbeschrift für den künftigen inneren Frieden im deutschen Volk der bekannte Abgeordnete Dietrich von Dercken. Er erklärt gleich an der Spitze seiner Ausführungen voll Stolz, daß diese Partei in der Lage wäre, „weit weniger eine „Neuorientierung“ vornehmen zu müssen als alle anderen Parteien, weil die Grundsätze, von denen sie sich von alters her habe tragen lassen, „die gewalttätige Generalprobe dieses Weltkrieges so über alles Erwarten glänzend bestanden haben, daß ein Wechsel der Richtung nicht Gewinn, sondern nur Verlust bringen könnte.“ Gleichwohl - Herr von Dercken unterscheidet sich zu seinem Vorteil darin von seinem konservativen Nachbarn, daß er auf sozialem Gebiete, anknüpfend an die staatssozialistischen Anschauungen eines Rodbertus, wenigstens einiges Entgegenkommen an die Wünsche der Arbeiter zeigt; freilich, der Pelz darf beim Waschen nicht allzu naß werden, und den Landarbeitern das Streikrecht zu geben, lehnt Herr von Dercken entschieden ab. Sein sozialpolitisches Programm erhält auch einen etwas bitteren Beigeschmack, wenn er pathetisch ausruft: „Jetzt also, wenn niemals, ist die Schicksalsstunde da, ein neues Arbeitsrecht zu gestalten und die alte unfruchtbare revolutionäre Arbeiterbewegung in eine fruchtbare Reformpartei zu verwandeln.“ Immerhin mag man anerkennen, daß Herr v. Dercken das Bemühen zeigt, auf sozialem Gebiete die konservative Partei - wenn auch in ungenügender Weise und mit allerlei Nebenabsichten - zu einem Entgegenkommen gegenüber den Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu veranlassen: Ihre Stellungnahme zum „monarchischen Prinzip“, zur Religion, zur Agrarpolitik und so vielen anderen soll unangetastet bleiben, und die sittliche Enttäufung, die er verständigerweise gegenüber den kollektivistischen Tendenzen an sich ablehnt, soll sich ungestört weiter entfalten können gegen „Gottlosigkeit und Vaterlandslosigkeit, gegen Nihilismus und Materialismus und gegen die eng damit zusammenhängende Auflehnung wider das bestehende Recht.“

Neben solchen mannhaften Bekenntnissen zum Nicht-Umlernen dann die Schlaueit des Zentrumsführers Dr. Bachem: Der schlägt, um den Burgfrieden verlängern zu können, nicht mehr und nicht weniger vor, als daß die Parteien ihre „grundsätzlichen Streitfragen“ nach dem Kriege vorerst beiseite lassen sollten. Er verlangt freundschaftlicher Weise nicht gleich, daß sie ihre Programme aufgeben, aber sie könnten doch „ihre Geltendmachung zurückstellen“, wenigstens „bis die andringenden großen Aufgaben auf wirtschaftlichem, sozialem und finanziellem Gebiete eine befriedigende Lösung gefunden haben“. Für wen würde die Lösung dann wohl so befriedigend sein? Sehr hübsch ist vollends, wenn Herr Dr. Bachem in gleichen Atemzug, die strengere Durchführung der staatsbürgerlichen Gleichheit, insbesondere die Beseitigung aller Ausnahmegesetze für bereits „spruchreif“ erklärt und ihre sofortige Erledigung verlangt. Nicht, daß dagegen sachlich etwas einzuwenden wäre! Aber hier handelt es sich um die speziellen, die dringendsten Wünsche des Zentrumsprogramms (soweit man davon sprechen darf); und hier darf von einer „Zurückstellung“ nicht die Rede sein; hier muß die Erledigung „alsbald nach dem Kriege“ erfolgen. Von einem „Umlernen“ zeugt also auch der Erguß des Herrn Dr. Bachem wenig - sowohl was die Taktik als auch die Forderungen anbetrifft.

Die liberalen Wortführer ergehen sich - wenn man etwa von Herrn Naumann absieht - in blühenden Phantasien über eine goldene Zukunft. Besonders der ehemalige Pfarrer Traub sieht schon den Himmel offen. „Der Klassenkampf muß zu Grab getragen sein...“ Deutsche Wohltätigkeit der Zukunft muß heißen: „Froher, unparteilicher Sinn für die sittliche Kraft der Steuerleistung...“ Die Flotte ruft nach neuem Aufbau. Was der Krieg verschlang an Heerbedarf, wollen wir ihm dreifach ersetzen!... Man sieht, Herr Traub spart weder mit Erwartungen noch mit Forderungen im Sinne des „neuen“ Liberalismus. Und nicht viel anders klingt es bei seinen politischen Freunden.

In diesen Chorus mischen sich dann die Stimmen der Kolb, Heinemann und ihrer Freunde; nicht, um so phantastische Zukunftsmusik zu machen wie Herr Traub; aber auch nicht, um so schlau wie Herr Dr. Bachem, und noch viel weniger, um so mannhaft wie die Dewitz und Dercken die Forderungen der Arbeiter anzumelden. Gewiß, auch Schippel betont, daß die Arbeiterorganisationen, für die er schreibt, sich durch den Krieg noch mehr als zuvor als wertvolle Institutionen erwiesen hätten, und wünscht, daß die Unternehmer sich mehr und mehr davon überzeugen möchten, „welche unvergleichliche Stärkung und Beflügelung alle öffentliche, wirtschaftliche und politische Entwicklung durch die lebendige Teilnahme der breitesten Volksschicht gewinnt“. Und der Genosse Kolb erklärt, der Staat müsse den proletarischen Klasseninteressen „eine wachsende Beachtung“ entgegenbringen, wie die bürgerlichen Parteien ihre künftige Politik neu zu orientieren haben würden, „wenn sie

nicht Gefahr laufen wollen, daß sie große Teile ihrer bisherigen Wählerchaft verlieren“. Aber solche allgemeinen Bemerkungen - wie sie die bürgerlichen Mitarbeiter mehrfach auch gebrauchen - verflingen in dem Aufwand von Worten, mit dem diese Wortführer der Arbeiterschaft immer wieder versichern und nachweisen zu müssen glauben, daß die Sozialdemokratie dafür auch bereit sein müsse, hinfort ganz anders als bislang „positive“ Arbeit zu leisten.

Viel Neues erfährt man aus ihren Aussagen eigentlich nicht. In der Polemik gegen die bisherige Politik der Sozialdemokratie suchen sie argenscheinlich einen Ausgleich für die Sanftmütigkeit gegenüber den bürgerlichen Parteien, und so fehlt es hier nicht an Ausfällen und Kraftworten stärkerer Art. Genosse Heinemann hält es für angemessen, eine Erinnerung des „Vorwärts“ an den Krupp-Prozess auf gleiche Linie zu stellen mit der Beschimpfung der Gewerkschaftsführer, die sich die „Arbeitsgezeitung“ auch während des Krieges nicht verneinen konnte. Genosse Kolb spricht von dem „Anflug“, der bisher mit den Begriffen Klassenkampf und Klassenstaat getrieben worden sei. Dabei rennt gerade er mit gewaltigem Aufwand nicht als eine offenstehende Tür ein, wenn er des, langen und brüthen über die „prinzipielle Staatsverneinung“ der Sozialdemokratie räsoniert. Die Sozialdemokratie hat den Staat nie prinzipiell negiert. Sie hat immer nur die in dem Staat bestim�te, in dem sie eine Herrschaftsorganisation bestimmter Klassen erblickte. Und wie er selbst ja auch schon zugibt, daß tatsächlich die Bestrebungen der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in diesem Staat „immer wieder auf den hartnäckigsten Widerstand der Regierung und der herrschenden Parteien“ gestoßen wären, so mag er vollends bei seinem Gefinnungsstunde Heine nachlesen, was dieser über die Hemmungen schreibt, die Reich und Bundesstaaten „nach Möglichkeit“ den segensreichsten Schöpfungen der Arbeiterbewegung bereiten, so daß die Sozialdemokratie „mit einer scharf feindlichen Stellung gegen den Staat darauf antworten mußte“. Selbst aber auch einmal zugegeben, daß dieser Staat heute nicht mehr „ausschließlich“ von der herrschenden Klasse bestimmt werde, - so kann man doch immer zu anderen Resultaten kommen als Genosse Kolb, der deshalb gleich die „prinzipielle Bejahung“ dieses Staates fordert.

Das ist nicht der einzige Kampf gegen Windmühlensflügel, der hier gefämpft, und nicht die einzige falsche Konsequenz, die gezogen wird. Das von Heine so stark hervorgehobene Interesse der Arbeiter, ihr Land vor einer wirtschaftlichen Niederverwerfung zu bewahren, wird auch von der „anderen“ Seite innerhalb der Partei nicht bestritten, braucht aber auch noch nicht zu den Folgerungen zu führen, die er und seine Freunde ziehen. Wenn Heinemann im besonderen die „englische Gefahr“ an die Wand malt zur Begründung der Notwendigkeit grundsätzlicher Wandlung der sozialdemokratischen Politik, so ließe sich dagegen erst recht manches sagen. Wohin all die schönen, nur mehr oder weniger ansehbaren Theorien führen sollen, das wird mit unanfechtbarer Deutlichkeit ausgesprochen. „Die Zeit der starren Prinzipien ist vorbei“, ruft Genosse Peus; Schippel versichert, daß die Arbeiterorganisationen künftig auf keine Konflikte mehr „hinarbeiten“ würden; Heinemann erklärt, daß die Theorie vom Klassenkampf „kein ewiges Dogma“ sein dürfe und versichert den bürgerlichen Parteien „positive Mitarbeit“ bei jedem Punkte der nationalen Verteidigung, besonders auch bei dem Bestreben, der englischen Seeherrschaft ein „gleichwertige Kraft“ entgegenzusetzen, um aus eigenen Mitteln die „Freiheit der Meere“ behaupten zu können; Wilhelm Kolb endlich unterstreicht nicht nur die Notwendigkeit, die alte verneinende Haltung in Militärfragen aufzugeben, sondern will in Zukunft auch Kolonialfragen, Handels-, Zoll- und Agrarpolitik „positiv“ - das soll doch wohl „anders als bisher“ heißen - „behandelt“ wissen, während mit der Monarchie ein „modus vivendi“ zu finden wäre.

Es sind die „Realpolitiker“, die hier sprechen, die aller „Romantik“, allen phantastischen „Umwälzungsträumen“ den Krieg ansagen. Und doch könnte ihnen schon eine aufmerksame Lektüre des Buches, an dem sie selbst mitgearbeitet haben, zeigen, welche Utopisten sie mit ihrem Glauben an die Möglichkeit einer „reformistischen Umwälzung unseres politischen und Verfassungslebens“ (Kolb) in Wirklichkeit sind. Der Lauf der Entwicklung wird ihnen noch deutlicher zum Bewußtsein bringen, daß Illusionen gleich den ibrigen die Weltgeschichte nicht machen.

Wir werden immer gerne anerkennen, wo sich ehrliches Bemühen um eine gerechte Würdigung auch des Gegners zeigt; wir sind die letzten, die es nicht freudig begrüßen würden, wenn die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen in Zukunft weniger als bisher durch persönliche Gerabseugungen, durch Gehässigkeiten und bewußte Entstellungen vergiftet würden. Was immer in diese Richtung zielt, wird von uns unterstützt werden, und wir wissen zu würdigen, was hier auch das Thimmesche Buch an guten Absichten gibt. Aber das kann uns nicht hindern, die Klassen den Gegenseite zu sehen, in die der heutige Aufbau unserer

Gesellschaft das Volk zerreißt, und die Kräfte richtig einzuschätzen, die, aus den verschiedenen Interessen und Bedürfnissen der einzelnen Schichten herauswachsend, gegeneinanderprallen müssen und zu rücksichtsloser Entscheidung drängen werden. Der „innere Friede“ des deutschen Volkes“ ist nicht Utopie. Aber er wird nicht eher Wirklichkeit finden können, als bis die heutigen Interessengegensätze ausgelöscht sind in einer sozialistischen Wirtschaftsorganisation und in einem Staate, der die volle Demokratie bringt.

Die griechische Krise.

Athen, 22. Juni. (W. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das neue Kabinett wird heute nachmittags beeidigt. Zaimis ist Ministerpräsident und Minister des Äußeren. Die Gesandten des Viererbundes haben ihren Regierungen empfohlen, die Blockade aufzuheben.

Schon nach der Sprache, die die russische, französische und englische Presse in den letzten Tagen gegen Griechenland führte, konnte man nicht im Zweifel sein, daß die Entente-Diplomatie eine entscheidende Aktion gegen Griechenland vorbereitete. Den Anstoß hierzu bot das Vordringen der Bulgaren auf griechisches Gebiet, den die griechische Regierung - unter Berufung auf ihre Neutralität - keinen Widerstand entgegensetzte. Die Folge war die - im Ultimatum der Ententemächte angedeutete - Anschuldigung, Griechenland spiele ein mit den Zentralmächten abgekartetes Spiel, dem die Verbündeten nun mit allen Mitteln entgegenzutreten müßten, um gegebenenfalls nicht von den Griechen im Rücken angegriffen zu werden. Die Annahme liegt nahe, daß der Erfolg der Russen in Polynien und in der Bukowina die treibende Kraft bei dem jetzigen Vorgehen gegen Griechenland gewesen ist: nicht umsonst kamen die ersten Nachrichten von Ultimativforderungen an die griechische Regierung aus Petersburg. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die Vorgänge in Griechenland auch strategisch eine größere Bedeutung.

Für Griechenland selbst, das angesichts der verhängten Blockade und der vor dem Piräus freuzenden Flotte der Verbündeten vor ihrem Ultimatum kapituliert, hat das Vorgehen der Entente nun zur Folge, 1. daß es keine Armee demobilisiert, 2. an die Stelle des Ministeriums Skuludis ein neues Ministerium Zaimis erhält, 3. Neuwahlen für die Kammer vornehmen muß und 4. seine Polizeibeamten durch andere ersetzt. Was die Demobilisation anbetrifft, so dürfte sie im Volk selbst kaum Unzufriedenheit erwecken, da die Last der fortgesetzten Kriegsbereitschaft drückend auf dem Lande lag. Anders aber verhält es sich sicherlich mit den drei anderen, von der Entente ausgezwungenen, Maßnahmen. Genossen Regierung und Kammer auch keineswegs das ungeteilte Vertrauen des griechischen Volkes, so muß doch der brutale Eingriff der Entente in die innere Politik des Landes den ohnehin bestehenden Unwillen des Volkes gegen die Entente verstärken. An dieser Tatsache werden auch die unbedingten Anhänger der Entente unter Venizelos nicht vorübergehen können, und an ihr dürften auch etwaige Versuche der Venizelisten scheitern, eine verstärkte Propaganda für den Eintritt in den Krieg vorzunehmen. Denn darüber kann namentlich jetzt kein Zweifel bestehen: Auch das griechische Volk wünscht den Frieden; es will sich nicht von ehrgeizigen Staatsmännern in den Krieg hineinziehen lassen, um schließlich - was am ehesten anzunehmen ist - als Tauschmünze für den gegenseitigen Ausgleich der großen Mächtegruppen benutzt zu werden.

Vertrauensvotum der französischen Kammer.

Paris, 23. Juni. Die Kammer nahm mit 454 gegen 89 Stimmen eine Tagesordnung an, die der Regierung das Vertrauen ausdrückt.

Paris, 23. Juni. (W. T. B.) Meldung der Agence Havas. Nach ihrer siebenten Geheimnisung hat die Kammer die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen. Der Präsident verlas die Tagesordnungen, welche als Beschluß auf Grund der Geheimnisung eingebracht worden sind.

Ministerpräsident Briand erklärte, die Regierung nehme nur die von den Fraktionsvorsitzenden unterzeichnete Tagesordnung an, welche allein ihr die zur Fortsetzung ihrer Amtstätigkeit nötige Autorität geben könne. Die von der Regierung abgelehnte Tagesordnung Dumont wurde durch Handheben verworfen. Die von der Regierung angenommene Tagesordnung der Fraktionsvorsitzenden lautet: Die Kammer als Ausdruck der Souveränität des Volkes erklärt, gemäß ihrer Pflicht entschlossen zu sein, weiter in enger Zusammenarbeit mit der Regierung der Landesverteidigung einen an Kraft immer wachsenden Antriebe zu geben. In dem sie sich gewissenhaft eines Eingriffes im Entwurf, Leitung und Ausführung militärischer Operationen enthält, beabsichtigt sie darüber zu wachen, daß die Vorbereitung der industriellen und militärischen Verteidigungsmittel im Hinblick auf diese Operationen sorgfältig, eifrig

und voranschauend, wie es der Selbstenhaftigkeit der Soldaten der Republik entspricht, betrieben werde. Sie stellt fest, daß die Geheimhaltung es ihr ermöglicht, sich wirksam über die allgemeine Führung des Krieges in Kenntnis zu setzen, und behält sich vor, falls es nötig ist, wieder zu derselben Maßregel zu greifen. Sie beschließt, eine direkte Abordnung zu bilden, welche mit dem Beistand der Regierung an Ort und Stelle eine unmittelbare und wirksame Aufsicht über alle die Betriebe ausüben wird, welche für Heeresbedürfnisse zu sorgen haben. Sie nimmt Kenntnis von den bisherigen Bemühungen und den von der Regierung übernommenen Verpflichtungen. Sie spricht der Regierung das Vertrauen aus, damit diese auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit fortwährend in Ausübung ihrer Autorität über alle Organe der Landesverteidigung ihre ganze Energie einzusetzen, um die Leitung des Krieges zu stärken. Die Kammer bezeichnet mit Genehmigung die durch Frankreich und seine Alliierten dank einer engeren Vereinigung ihrer Anstrengungen erreichten Ergebnisse. Sie begrüßt voll Bewunderung den bewundernswerten Eifer der Armee und der Flotten der Republik und erklärt laut, daß ihr Glaube an den Sieg des Rechtes und der Freiheit der Völker gewachsen sei. Diese Vertrauens-Tagesordnung wurde, wie gemeldet, mit vierhundertvierundvierzig gegen achtzig Stimmen angenommen und die Sitzung aufgehoben.

Freitag nachmittag soll über die provisorischen Budget-Büchselel beraten werden.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 23. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag nachmittag. Die Nacht war auf den beiden Maasufnern durch heftige Beschießungen, denen eine Reihe von Angriffen folgte, gekennzeichnet. Auf dem linken Ufer griffen die Deutschen unsere Gräben südlich des „Toten Mannes“ an. Die Franzosen schlugen sie nach einem lebhaften Handgranatenkampf zurück und behielten alle ihre Stellungen. Auf dem rechten Ufer dauerte der erbitterte Kampf westlich und südlich des Forts Vauban. Nach einem kräftigen Angriff vermochten die Deutschen gegen Tagesende in einem kleinen Wald südöstlich des Huminwaldes einzudringen. Ein sofortiger Gegenangriff warf sie wieder hinaus. Ein neuer Angriff wurde um Mitternacht gegen unsere Stellungen von Humin bis östlich Chénois gerichtet. An diesen beiden Stellen zurückgewiesen, gelang es den Deutschen in einige vorgeschobene Teile unserer Stellungen zwischen den beiden Wäldern Fuß zu fassen. Um zwei Uhr morgens scheiterte unter unserem Feuer ein deutscher Angriff gegen unsere Stellungen nördlich der Höhe 821. In der Champagne sehr heftiger Artilleriekampf zwischen Maifons de Champagne und dem Mont Tôt. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig. Eines unserer Geschwader nahm die Verfolgung einer Gruppe von feindlichen Flugzeugen auf, welche die Absicht hatten, Dörfer im Maastale zu bombardieren. Einer unserer Flieger brachte auf der Verfolgung zwei deutsche Flugzeuge zum Absturz. Eines davon stürzte nordöstlich von St. Mihiel brennend ab, das andere fiel zerstückelt zu Boden bei dem Fort Génicourt. In der Nacht zum 22. Juni warfen unsere Kampfflugzeuge zahlreiche Geschosse auf Bahnhöfe und Wohnlinien bei Epremont, Grand Pré, Sarpisages, Homogne, Orville und auf Biwacs im Walde von Consenbove und militärische Werke nördlich von Diederhofen ab.

Paris, 23. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Donnerstag abend. In der Gegend südlich von Laiffigny griff eine starke deutsche Erkundungsabteilung einen unserer vorgeschobenen Posten nach vorbereitendem Geschützfeuer an, wurde aber durch unser Feuer abgewiesen. Der Feind zerstreute sich und ließ mehrere Tote auf dem Gelände. Auf beiden Maasufnern hat das Geschützfeuer aus großen Kalibern den ganzen Tag über außerst heftig fortgedauert. Auf dem linken Ufer hat der Feind sein Feuer besonders auf unsere Stellungen an der Höhe 804 und am „Toten Mann“ und auf unsere zweite Linie in der Gegend von Sènes und Châtanecourt gerichtet. Ein um 6 Uhr abends gegen unsere Schützengräben zwischen Höhe 804 und den Bach von Véhincourt angelegter Angriff wurde nach sehr lebhaftem Handgranatenkampf vollständig abgewiesen. Auf dem rechten Ufer konnten wir mittels eines Gegenangriffes am Nachmittag den größten Teil der Gräbenabschnitte zwischen dem Gehölz von Humin und Le Chénois, in denen der Feind in der letzten Nacht Fuß gefaßt hatte, wieder besetzen. Von 6 Uhr abends an nahm das Geschützfeuer an der Nordfront-Schlinge von Thionmont—Gehölz, von Baum—Chapire und im Abschnitt von La Lanée den Charakter unerhörter Heftigkeit an. In der Woivre-Ebene war der Artilleriekampf in der Gegend am Fuß der Maasthöhen lebhaft. An der übrigen Front ziemlich lebhaftes Geschützfeuer, besonders in der Champagne im Abschnitt von Mont Tôt.

Luftkrieg: Zur Vergeltung für die wiederholten Verwerfungen der offenen Städte Bar-le-Duc und Lunéville durch die Deutschen in den letzten Tagen haben unsere Flugzeuggeschwader mehrere Unternehmungen über feindlichem Landgebiet gemacht. In der Nacht zum 22. Juni wurden achtzehn Geschosse auf die Stadt Trier geworfen, wo ein großer Brand ausbrach. Heute hat eine Gruppe von neun Flugzeugen vierzig Geschosse auf Karlsruhe, 176 Kilometer von Nancy, geworfen, eine andere Gruppe von zehn Flugzeugen hat Müllheim am rechten Rheinufer mit Bomben angegriffen; fünfzig Geschosse sind auf militärische Anlagen dieser Stadt geworfen worden. Die Wirksamkeit dieser beiden Verwerfungen hat festgestellt werden können. Auf dem Rückwege von Müllheim durch ein Geschwader von Fokker-Flugzeugen verfolgt, haben unsere Flugzeuge ein Gefecht gehabt, während dessen ein Fokker abgeschossen wurde; eins unserer Flugzeuge mußte im Laufe des Tages infolge einer Beschädigung landen. Unsere Jagdflugzeuge haben sich gleichfalls tätig gezeigt: Unterleutnant Rungefer schob sein achttes Flugzeug ab, das bei La Morville in unsere Drabtwerkzeuge fiel. Südlich von Ribons wurde gleichzeitig ein deutsches Flugzeug durch den Sergeanten Chalmat mit dem Maschinengewehr beschossen; dieser hat bis heute vier Flugzeuge zur Erde gebracht. Unterleutnant Guinemer neun. Schließlich wurde in der Gegend von Einville, nördlich von Lunéville, ein feindliches Flugzeug durch Geschützfeuer herabgeschossen. Zwei gestern vormittag nordöstlich von St. Mihiel und bei der Feste Génicourt abgestürzte deutsche Flugzeuge sind von Unterleutnant Chaput herabgeholt worden, welcher bis heute sechs feindliche Flugzeuge heruntergeholt hat.

Belgischer Bericht. Ruhe an der Front der belgischen Armee.

Die englische Meldung.

London, 23. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 22. Juni. Nach Sprengung einer außerordentlich großen Mine überbrückte uns der Feind mit Artilleriefeuer und drang morgens in der Nähe von Eibensch in unsere Gräben ein. Walisische Pioniere unternahm sofort einen Gegenangriff und warfen den Feind, der schwere Verluste erlitt, vollständig hinaus. Wir liegen nachts bei der Höhenkammern eine Mine springen und besetzten den Rand des Trichters. Heute herrschte überall Ruhe.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 23. Juni 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Defilich von Ypern wurde ein feindlicher Angriffsvorstoß vereitelt. Bei deutschen Patrouillenunternehmungen, so bei Vihons, Laiffigny und bei dem Gehölze Maifons de Champagne (nordwestlich von Massiges) wurden einige Dutzend Gefangene gemacht und mehrere Maschinengewehre erbeutet.

Drei französische Angriffe gegen unsere westlich der Feste Vauban genommenen Gräben wurden abgewiesen. Wir haben hier am 21. Juni 24 Offiziere und über 400 Mann gefangen genommen.

Western wurden Karlsruhe und Müllheim i. B. sowie Trier durch feindliche Flieger angegriffen. Wir haben eine Reihe von Opfern aus der bürgerlichen Bevölkerung zu beklagen; nennenswerter militärischer Schaden konnte in jenen Orten nicht angerichtet werden und ist nicht verursacht worden. Die Angreifer verloren 4 Flugzeuge. Je eines mußte auf dem Rückflug bei Nieder-Lauterbach und bei Lembach landen; unter den gefangenen Insassen befanden sich zwei Engländer. Die anderen beiden Flugzeuge wurden im Luftkampf erbeutigt. Dabei holte Leutnant Hühndorf den 6. Gegner herunter. Außerdem wurden gestern feindliche Flieger in Gegend von Ypern, östlich von Hauluch (dieses als 5. des Leutnants Rulger), bei Lancon (südlich von Grandpre), bei Merzheim (östlich von Gebweiler), südwestlich von Sennheim abgeschossen, so daß unsere Gegner im ganzen 9 Flugzeuge eingebüßt haben.

Unsere Fliegergeschwader haben die militärischen Anlagen von St. Pol, sowie feindliche Lager und Unterkünfte westlich und südlich von Verdun angegriffen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg. Bei einem kurzen Vorstoß bei Beresina (östlich von Bogdanow) fielen 45 Gefangene, 2 Maschinengewehre, 2 Revolverkanonen in unsere Hand.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold v. Bayern. Nordöstlich von Osaritschi gegen die Kanalstellung vorgehende schwächere feindliche Abteilungen wurden blutig abgewiesen.

Heeresgruppe des Generals von Binsingen. Trotz mehrfacher feindlicher Gegenstöße blieben unsere Angriffe westlich und südlich von Luck im Fortschreiten.

In der Front vorwärts der Linie Beresetzko-Brady wurden russische Vorstöße glatt abgeschlagen.

Von der Armee des Generals Grafen v. Bothmer nichts Neues.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 23. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Im Gzeremostal sind die Russen im Vorgehen auf Ruty. Sonst in der Bukowina und in Ostgalizien keine Aenderung der Lage.

Gegen unsere Stellungen südlich und nördlich von Radzivilow führte der Feind gestern zahlreiche heftige Angriffe. Er wurde überall abgewiesen. Die unter dem Befehl des Generals v. Insingen kämpfenden Streitkräfte drängten nordöstlich von Gorzchow und östlich von Laskacz die Russen weiter zurück. Bei Laskacz brachten unsere Truppen über 400 russische Gefangene und 4 russische Maschinengewehre ein.

Am Stachob—Styr-Abschnitt scheiterten mehrere starke Gegenangriffe des Feindes.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Western war das Artilleriefeuer im Nordabschnitt der Hochfläche von Toverdo zeitweise sehr heftig.

Wiederholte feindliche Infanterieangriffe auf unsere Stellungen südlich des Erzli Brh wurden abgewiesen. Im Pflödenabschnitt begannen heute früh lebhafteste Artilleriekämpfe. An der Dolomitenfront scheiterte ein neuerlicher Angriff der Italiener auf die Crada del Ancana. Das gleiche Schicksal hatten vereinzelte feindliche Vorstöße aus dem Raume von Primolano.

Im Ostgebiet besetzten unsere Truppen mehrere Hochgipfel an der Grenze.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der unteren Bojsa Geplänkel. Lage unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Gesefer, Feldmarschallleutnant.

Ereignisse zur See.

Am 22. abends hat eine Gruppe von Seekriegszeugen feindliche Stellungen bei Monsalcone erfolgreich mit Bomben belegt. Am 23. früh hat ein Seekriegszeuggeschwader Venedig angegriffen. In den Forts Ricolo, Alberoni, in der Gassanali, besonders aber im Arsenal wurden mit schweren Bomben viele Schiffe zerstört und starke Brände hervorgerufen. Die Flugzeuge wurden heftig, aber erfolglos beschossen und kehrten unverfehrt zurück.

Flottenkommando.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 23. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 22. Juni.

Westfront. Der Raum des Brückenkopfes Uezlän wurde von deutscher Artillerie heftig beschossen. In der Nacht zum 21. Juni griffen die Deutschen nach Artillerievorbereitung die Stellung in der Gegend von Dünaburg längs der Eisenbahn nach Pantelejew und längs der Eisenbahn nach Warschau an. Sie wurden überall abgewiesen. Bei Dubatowka, zwölf Werst südlich des Wisniew-Sees, griffen die Deutschen nach eingehender Artillerievorbereitung an, sie eroberten Teile unseres Grabens,

es gelang jedoch mit Hilfe herangezogener Reserven die Deutschen in ihre Gräben zurückzuwerfen. Südlich Krewo gingen die Deutschen über die Krewoliana, unser Sperrfeuer verhinderte sie weiter vorzugehen und zwang sie auf das Westufer des Baches zurück. Am Dginski-Kanal und an der Jastolda Artillerie- und Infanteriefeuer. Im Laufe des gestrigen Tages schob unsere Artillerie zwei deutsche Flugzeuge ab, die in unsere Linien fielen. Das eine stürzte bei dem Bahnhof Wisopady (11 Kilometer südöstlich Krewo) an der Eisenbahn Wologoje—Sjedlez ab, das andere bei dem Hofe Spuk, zehn Werst südöstlich der Mündung des Dginski-Kanals (in die Jastolda). Beide Apparate sind vollkommen zerstört, Führer und Beobachter sind tot. Bei Gruziatyn griff der Gegner in dichten Linien an, er wurde zerstreut, und ließ beim Zurückgehen eine Menge Tote und Verwundete zurück. Westlich Solul am Styr wurde ein deutscher Angriff im Gegenstoß abgewiesen. Wir sängen ungefähr 600 Mann und nahmen ihnen einige Maschinengewehre fort. In derselben Gegend feuerte schwere feindliche Artillerie heftig aus der Gegend von Mysl (8 Kilometer westlich Solul). Bei Rajniasto am Sochod (10 Kilometer südwestlich Swidniki) und östlich Woronczyn dauern die Kämpfe mit äußerster Heftigkeit an. Wir machten vier deutsche Offiziere und 214 Soldaten zu Gefangenen. Diese geringe Gefangenenzahl erklärt sich aus der Tatsache, daß unsere Truppen den Deutschen keinen Vardon geben, da diese mit Explosivgeschossen schießen. An allen diesen Angriffen nahm die tapfere Reserve-Landwehrabteilung Jaroslaw (Gouvernement nördlich Koslaw) teil, deren Führer seinen Posten nicht verließ.

Galizien. An der Strypa, westlich von Hajworonka, eroberten unsere Truppen Grabenteile des Feindes.

Unter äußerster Inster Hängel feht die Verfolgung des Feindes fort. Die Stadt Kabaug (87,5 Kilometer südlich Czernowit) ist genommen. Auf der Verfolgung des Feindes machten wir 22 Offiziere und 1000 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 8 Maschinengewehre sowie 27 Kästen mit Maschinengewehrmunition.

Schwarzes Meer. Unsere Torpedoboote vertrieben fünf beladene große Segelschiffe, ferner einige Helusen und machten Gefangene dabei. Der Passagierdampfer „Merkur“ lief auf eine feindliche Mine und versank. Die Mehrzahl der Passagiere ist gerettet.

Kaukasus. Die Lage ist unverändert.

Russischer Passagierdampfer im Schwarzen Meer durch eine Mine versenkt.

Petersburg, 22. Juni. (W. Z. V.) Ueber den Verlust des Dampfers „Merkur“, von dem heute die Mitteilung des Großen Generalstabes berichtet, werden folgende Einzelheiten mitgeteilt: Der Dampfer fuhr von Odessa nach Cherson mit ungefähr achthundert Passagieren, darunter vielen Studierenden und Schülern verschiedener Schulen, die für die Ferien in die Provinz zurückkehrten. Zwanzig Werst von Odessa, zwei Meilen von der Küste, berührte der Dampfer eine Mine, die sein Vorderteil vollständig zerstörte, und sank binnen fünf Minuten. Zwei sofort zu Wasser gelassene große Boote kenterten, und ihre Insassen hielten sich an verschiedenen schwimmenden Gegenständen über Wasser. Dreizehn zur Unglücksstätte entsandte Boote konnten wegen der hohen See nicht am Schiffe anlegen, sichtigten aber viele auf, welche die Wogen in ihren Vereich brachten; viele andere, des Schwimmens kundige Fahrgäste erreichten die Küste, so daß die Mehrzahl gerettet wurde. Bis jetzt hat die See 23 Tote angepölet. Man berichtet, daß der Kapitän des russischen Schiffes „Potemkin“ die Explosion und den Untergang des „Merkur“ zwar gesehen, aber sich nicht genähert habe aus Furcht vor einem Unterseeboote.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 22. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Ledertal griff der Feind in der Nacht zum 21. Juni unsere Stellungen auf den Süabhängen des Monte Sperone an. Nach lebhaftem Kampfe wurde er vollkommen zurückgeschlagen. Vom Gardajee bis zur Aisach kam es während des gestrigen Tages zu Artilleriekämpfen und Zusammenstoßen von Abteilungen. Wir nahmen dem Feinde Gewehre, Munition und ein Maschinengewehr ab. Auf der Höhe von Schleggen unternahm wir zahlreiche kleine Angriffe in der Richtung auf den Monte Magna, Bostid und in der Gegend von Randrielle (westlich von Marcesina). Der Gegner blieb gestern ausschließlich in der Defensiv und hielt nur mit Erbitterung den Vormarsch unserer Truppen auf. Unsere Batterien großen Kalibers beschossen den Bahnhof von Toblach im Pustertal. Am Fionzo hat sich nichts Wichtiges ereignet. Cadorna.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 22. Juni. (W. Z. V.) Bericht des Hauptquartiers. An der Front ist die Lage unverändert. Infolge von Angriffen unserer Truppen wurden die Russen, die sich im Engpaß von Baital befanden, aus diesem in östlicher Richtung auf Kerend zurückgeworfen. Der Engpaß von Baital liegt 80 Kilometer östlich von Kasr Schirin in einer bergigen Gegend. Wir stellen fest, daß infolge des Treffens am 18. Juni, das nördlich von Kerend zwischen persischen Kriegern und russischen Reitern stattfand, die letzteren in Unordnung zurückgeworfen wurden. An der Kaukasusfront kein wichtiges Ereignis. Im Zentrum schossen wir ein feindliches Flugzeug ab. Ein feindliches Kriegsschiff warf auf der Höhe von Tenedos einige Geschosse auf die benachbarte Küste und zog sich darauf zurück. Ein anderes Kriegsschiff, das bei Rhocia und der Insel Keusten vorgehen wollte, suchte in Richtung Mytelene die hohe See auf. Von den anderen Fronten ist nicht Wichtiges zu melden.

Vom U-Bootkrieg.

Bern, 23. Juni. (W. Z. V.) Laut „Corriere della Sera“ wurde der italienische Schoner „Mario“ dreißig Meilen vor Mallorca versenkt, die Besatzung ist gerettet.

Bern, 23. Juni. (W. Z. V.) „Temps“ meldet: Der Dampfer „Rossoul“ landete in Marseille zwei Offiziere und zwanzig Matrosen, die Überlebenden des im Mittelmeer versenkten englischen Dampfers „Baron Vernon“.

Deutsche U-Boote in Carthago.

Carthago, 21. Juni. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureau. Das deutsche Unterseeboot „U 55“ kam gestern abend hier an und ging in Dock, um Reparaturen vornehmen zu lassen. Der Sekretär der deutschen Botschaft machte einen Besuch auf dem Schiff. Der Kapitän hatte ein Handschreiben des Kaisers an König Alphonso mit, das den Dank für die Behandlung der Deutschen aus Kamerun ausdrückte. Das U-Boot fuhr 8 Uhr morgens wieder ab. Außerhalb

des Hafens verfolgten Torpedoboote die Bewegungen des Unterseebootes.

Berlin, 23. Juni. (B. Z. V.) Wie wir in Ergänzung der gestrigen Neutermedung aus Carthagena erfahren, hatte das deutsche Unterseeboot U 35 eine größere Menge von Medikamenten an Bord, welche für die in Spanien internierten Deutschen aus Kamerun bestimmt sind. Der Kommandant des Unterseebootes ist Kapitänleutnant von Arnould de la Perriere.

Seit Dienstag kreuzten französische und englische Torpedoboote vor der Zone der Territorialgewässer. Sie suchten nachts den Horizont mit Scheinwerfern ab, um das Unterseeboot abzufangen, das am Donnerstag früh den Hafen verließ. Dem Anschein nach hat es den Sperrgürtel der feindlichen Torpedoboote durchbrechen können.

Dänische Dampfer durch deutsche Wachtschiffe aufgebracht.

Kopenhagen, 23. Juni. (B. Z. V.) „Verklingske Tidende“ schreibt: Die beiden dänischen Dampfer „Debe“ und „Ketos“, die mit Holzlagerungen aus der Ostsee kamen, sind gestern abend von den deutschen Wachtschiffen in der Køgebucht angehalten worden, unmittelbar darauf auch ein Stockholmer Dampfer. Die drei Dampfer gingen alsdann südwärts ab, wahrscheinlich nach Warnemünde zur Untersuchung. Auch ein vierter Dampfer wurde auf hoher See aufgebracht, seine Nationalität ist jedoch nicht erkennbar gewesen. Der dänische Dampfer „Alexandra“, der gleichfalls angehalten wurde, erhielt nach Verlauf einer Stunde die Erlaubnis zur Weiterfahrt.

Falsche Gerüchte.

Kopenhagen, 22. Juni. (B. Z. V.) In der Meldung eines russischen Blattes, daß England bezüglich der Durchfahrt durch den Großen Belt mit Dänemark direkte Verhandlungen eingeleitet habe, und daß England nicht beabsichtige, den Durchgang zu erzwingen, sondern die Angelegenheit in freundschaftlicher Weise mit Dänemark zu regeln wünsche, erklärt „Nationaltidende“ an zuständiger Stelle, daß diese Meldung, die an sich einen sensationellen Charakter trage, jeder Grundlage entbehre.

Englische Kritik an der Pariser Wirtschaftskonferenz.

London, 21. Juni. (B. Z. V.) Ueber die Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz schreibt „Daily News“: Der Beschluß über gegenseitige finanzielle Unterstützung und über die Förderung wissenschaftlicher und technischer Forschung zeigt, daß die Konferenz den wahren Grund der deutschen Erfolge erkannt hat. Dieser wahre Grund ist nicht der Verkauf unter den Selbstkostenpreisen, denn das tun wir alle. Es waren auch nicht die Zölle, denn außer England hatten alle Länder schon Zölle, sondern es war die überlegene wissenschaftliche Bildung der Deutschen, ihre überlegenen Geschäftsmethoden, ihr größerer Fleiß, ihre große Anpassung an die Wünsche der Käufer, ein besserer Konsulardienst und größere Aufmerksamkeit des Staates für die Interessen des Handels.

„Daily Chronicle“ findet es besonders bezeichnend, daß die Beschlüsse keinen Hinweis auf die Schutzzölle enthalten. — „Manchester Guardian“ ist mit den Beschlüssen über die Kriegszeit einverstanden, das Blatt wendet sich aber dagegen, daß die Feindseligkeiten über die Zeit des Krieges hinaus fortgesetzt werden sollten. Die Verbündeten würden wirtschaftlich nicht gestärkt, sondern geschwächt werden, wenn sie billige Erzeugnisse von den Mittelmächten zu kaufen sich weigerten. Diese Erzeugnisse würden dann von den Neutralen gekauft werden, die ihrerseits den Handel, den Deutschland früher hatte, an sich ziehen würden. Die Neutralen, die jetzt schon durch den Krieg sehr reich geworden seien, würden weitere Gewinne auf Kosten der Kriegführenden machen. Die Beschlüsse der Konferenz würden daher zu einer lange andauernden Verarmung beider Parteien im Kriege führen. Das Blatt schließt: Viele der Beschlüsse beruhen auf wirtschaftlich völlig falschen Grundlagen und einige ihrer Ergebnisse würden für England selbst besonders schädlich sein.

Marinefragen im Unterhaus.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) Im Unterhaus sagte Mac Namara in Erwiderung auf eine Anfrage, es sei nicht möglich, die volle Ausdehnung der deutschen Verluste in der See-Schlacht vor der dänischen Küste anzugeben. Aber die Admiralität habe keinen Grund, ihre am 5. Juni veröffentlichte Schätzung abzuändern. Im Verlaufe von Anfragen über den Verlust der „Dampshire“ fragte auch Dalziel, ob die Admiralität Nachricht habe, daß ein Schiff, das die holländische Flagge führte, sich an der Inghelstersee befand, unmittelbar bevor die „Dampshire“ dort eintraf, und ob die Admiralität irgend welche Verdachtsgründe habe, daß dieses ein Minenleger gewesen sei. Mac Namara erwiderte, er habe Angaben dieser Art in den Blättern gesehen.

Die irische Frage.

Osag, 23. Juni. (Z. 11.) „N. A. C.“ meldet aus London: Man glaubt, daß die Spannung, die innerhalb des Kabinetts infolge der irischen Frage entstanden ist, etwas weniger scharf geworden ist, wenngleich eine Lösung noch nicht erzielt wurde. Man war allgemein durch die plötzliche Krise überrascht. Carson konferierte mit den unionistischen Ministern. Die unionistische Partei hat die Absicht, eine Abordnung an Bonar Law zu senden und von ihm nähere Aufklärung zu erbitten. „Daily News“ versichert, daß Asquith und Lloyd George von Bonar Law unterstützt würden.

Kopenhagen, 23. Juni. (Z. 11.) Die Schwierigkeiten in der Regelung der irischen Frage stehen in England noch immer im Vordergrund des politischen Interesses. „Daily Express“ erklärt, daß der Plan Lloyd Georges höchstwahrscheinlich an der dauernden feindlichen Haltung der Iren England gegenüber scheitern würde, sei dieses doch wieder bei den jüngsten blutigen Unruhen in Dublin zum Ausdruck gekommen. Die unionistischen Mitglieder der Regierung machten geltend, daß die vorgeschlagene Regelung der irischen Frage in Wirklichkeit gar keine Regelung bedeuten würde und betonten, daß die Iren gegen England unverändert feindselig gestimmt seien.

Die englischen Nationalsozialisten.

Die Spaltung der Britischen Sozialistischen Partei ist nun vollständig. Am 8. Juni hat in London eine vorbereitende Konferenz des Nationalen Sozialistischen Ratgebenden Komitees stattgefunden, auf der die neue Partei konstituiert wurde. Nach der Wahl des Versammlungsleiters unterbreitete Genosse J. G. Webster der Versammlung einen Bericht über die Vorgänge seit der Konferenz der

Britisch Socialist Party in Manchester, auf der die nationalsozialistische Minderheit ihren Austritt vollzog. Der Bericht wurde gebilligt.

Ueber die weiteren Verhandlungen teilt „Justice“, jetzt das Organ des nationalsozialistischen Flügels der englischen Sozialisten, folgendes mit:

„Eine Resolution, daß die Konferenz nunmehr dazu übergehen möge, eine neue Partei zu bilden, wurde durch Stadtrat A. Whitting vorgelegt und einstimmig angenommen.“

W. A. Woodroffe unterbreitete, nachdem er eine Anzahl Briefe von Mitgliedern aus der Provinz gelesen hatte, die der neuen Partei Erfolg wünschten, zwei Namensvorschläge, die das Komitee als annehmbar bezeichnete hatte. Nach beträchtlicher Diskussion, an der die Genossen Marsden, L. E. Quetch, J. Burge, Lawson, W. Hillip, W. J. Barwood, J. Hunter Watts, G. M. Ghrbman, W. Thorne, M. P., J. Terrett, J. J. Dobb, Miss Schatford, Geo. Bennett und Mrs. Ghyndman teilnahmen, wurde schließlich beschlossen, daß der Name „Nationale Sozialistische Partei“ sein sollte.

Eine Anzahl Vorschläge, die den Forderungen und Zielen der Partei hinzugefügt werden sollten, wurden diskutiert. Schließlich wurde die Satzung mit gewissen Änderungen und Hinzufügungen angenommen.

J. M. Ghyndman brachte folgende Resolution ein, die von L. E. Quetch sekundiert und von W. Thorne, M. P., unterstützt wurde:

„Diese Konferenz, die mit Trauer den schweren Verlust an Leben auf den in der Nordsee verlorenen Schiffen sieht, sendet ihre freundlichen Grüße allen Matrosen der Großen Flotte, sowie den französischen Soldaten, die so prachtvoll Monat um Monat die deutschen Angriffe bei Verdun zurückschlagen. Alle Anwesenden verpflichten sich gleichermaßen ihr Neuhäuser für die Sache der Alliierten zu tun, bis die germanischen Mächte vollkommen besiegt und die Unabhängigkeit und Freiheit der Nationen Europas fest gesichert sind gegen preussische Vorherrschaft.“

Die Resolution wurde einstimmig und begeistert angenommen.

G. M. Lee und W. A. Woodroffe machten eine Feststellung betreffend „Justice“ und die „Twentieth Century Press“.

Die Versammlung, die sich durch starke Begeisterung und Herzlichkeit auszeichnete, schloß dann mit dem Singen der „Roten Fahne“.

Die „Rote Fahne“ und nationalsozialistische Kriegsbegeisterung — welche ein Kontrast!

Der international gestante Teil der Britisch Socialist Party, der auf der Osterkonferenz in Manchester in der Mehrheit blieb, war in die peinliche Situation gekommen, sein Organ zu besitzen, da die „Twentieth Century Press“ den mit der Britisch Socialist Party geschlossenen Kontrakt löste und ihr das Wochenblatt „Justice“ entzog. Nunmehr erscheint als offizielles Organ der Partei „The Call“ (Der Ruf), das bisher von dem Mitglied des Exekutivkomitees der W. S. P., Genossen Fairchild, herausgegeben wurde. Das Blatt erscheint von jetzt ab ebenfalls wöchentlich.

Ein bedeutsamer Wechsel im „Economist“.

Der „Times“ zufolge wird das bedeutendste englische Finanzorgan, der „Londoner Economist“, demnächst seinen Herausgeber wechseln. An die Stelle H. W. Dixons, der das Blatt seit 9 Jahren leitete, tritt der Nationalökonom Harlech Wilber, der diese Jahre Vizepräsident der „Times“ war und von Lloyd George an die Spitze des „Financial Inquiries Branch“, eines wichtigen, neu eingerichteten Informationsbureaus im Finanzministerium, gestellt wurde.

„Svenska Dagbladet“, das diese Nachricht bringt, hält diese Neuierung für sehr beachtenswert. Der „Economist“ habe in Dixons Händen sich im Kriege durch besonders besonnene Haltung ausgezeichnet. Seine Gerechtigkeit gegenüber Deutschland habe viel Zustimmung hervorgerufen. Sicher werde nun ein ganz anderer Ton vom neuen Redakteur eingeführt werden. Auch die „Frankfurter Zeitung“ sieht einen solchen Wechsel in der Haltung des Blattes voraus, das sich, nach ihren Worten, auch während des Krieges angelegen sein ließ „über Deutschland objektiv zu urteilen und der Verheerung entgegenzuarbeiten“. Im Anschluß hieran kommt das Frankfurter Blatt auch auf die von mehreren deutschen Blättern übernommene Nachricht eines Depeschensbureaus aus dem Haag zu sprechen, der „Economist“ habe „mit erstaunlicher Offenherzigkeit, um nicht zu sagen mit zynischer Frechheit, gestanden, daß man in englischen amtlichen Kreisen heute bereits die französische Provinz Pas-de-Calais als unter englischer Herrschaft stehend ansieht“.

Hierzu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“:

„Bei der oben gekennzeichneten bisherigen Haltung des Londoner Wochenblattes konnte man von vornherein die Glaubwürdigkeit dieser Mitteilung bezweifeln, wie es auch höchst unwahrscheinlich ist, daß „englische amtliche Kreise“, falls sie Calais behalten wollen, davon jetzt in den Blättern sprechen. Es handelt sich um eine von der Redaktion des „Economist“ veröffentlichte Zuschrift des in England und auch in Deutschland bekannten Schiffbauingenieurs Lord Brassey über „Friedensfragen“. In den längeren Ausführungen, denen kaum wesentliche Bedeutung beizumessen ist, kommt der Satz vor: „Offenbar wird kein Friede möglich sein, ohne daß Frankreich sein wertvolles Departement Pas-de-Calais wiederbekommt. Ist es möglich, daß Großbritannien in dieser Angelegenheit etwas tut (might move), ohne dabei irgend etwas für die Macht und Größe des Reiches Wesentliches zu verlieren?“ Der Sinn dieser etwas unklaren Bemerkung dürfte sein, daß England dem Deutschen Reich für die Herausgabe der von deutschen Truppen besetzten französischen Landestteile irgend welche britische Kolonialgebiete, deren Verlust nicht wehtun würde, anbieten soll! Diesen Vorschlag mag man für sehr naiv halten, wie ja überhaupt die vereinzelten englischen Friedensstimmen in ihrer Bedeutung gewiß nicht überschätzt werden dürfen. Andererseits muß auch derer ganzliche Nichtbeachtung und Entstellung zu falschen Urteilen führen.“

Der letzten Bemerkung kann man sich durchaus anschließen, ohne freilich die Veringschätzung, die die „Frankfurter Zeitung“ gegenüber den vereinzelt englischen Friedensstimmen“ zur Schau trägt, zu teilen. (Z)

Die Internierten in der Schweiz.

Bern, 23. Juni. (B. Z. V.) Bei Beratung des Neutralitätsberichts kam heute in dem Nationalrat auch die Interniertenfrage zur Sprache. Von sozialdemokratischer Seite lag ein Antrag vor, der sich gegen die Beschäftigung von fremden Kriegsgefangenen in industriellen und gewerblichen Betrieben aussprach, im Hinblick auf die lohnbrückende Konkurrenz für die einheimische Arbeiterschaft. Stgg.-Zürich (Soz.) beantragte ferner, es sei der Bundesrat zu ersuchen, die Verträge mit den in der Schweiz Kriegsgefangenen hospitalisierenden Staaten in der Weise abzuändern, daß die Kriegsgefangenen nach Wiederherstellung ihrer Gesundheit in Kriegsgefangenenlager zurückgeschickt werden, um anderen erholungsbedürftigen Kameraden Platz zu machen. Bundesrat Hoffmann, der Chef des politischen Departements, gab seiner Genugtuung darüber Ausdruck, daß von keiner Seite das Best der Hospitalisierung angefochten worden sei. Für hospitalisierte müsse aber Beschäftigung gefunden werden, weil diese sowohl die Moral wie die physische Gesundheit der Leute hebe. Gegen eine Ausnützung der Hospitalisierten zu billigen, die Lohnverhältnisse der einheimischen Arbeiterschaft drückenden Arbeiten, würde der Bundesrat mit aller Schärfe einschreiten. Die Zahl der voll Arbeitsfähigen sei übrigens sehr beschränkt, so daß die Befürchtungen der Arbeiterschaft nicht gerechtfertigt erscheinen.

Zur Vermittelung von Arbeit werden verschiedene Kommissionen gebildet, in denen auch die Arbeiterschaft entsprechend ihren berechtigten Interessen an der Lösung der Frage vertreten sein soll. Den hospitalisierten Studierenden soll Gelegenheit gegeben werden, die Universitäten des Landes zu besuchen. Der Antrag Sigg, gestellte Kriegsgefangene wieder in das Lager zurückzusenden, lehnte der Bundesrat ab.

In der Abstimmung wurde dieser Antrag Sigg mit allen gegen die Stimme des Antragstellers abgelehnt.

Bei Besprechung der Militärfragen stellten Graber und fünf andere Sozialisten den Antrag, es sei der Bundesrat zu beauftragen, die Frage zu prüfen, ob nicht die Truppenbestände des Grenzschutzes zu vermindern seien. Dieser Antrag wurde von dem Bundespräsidenten Decoppet und mehreren bürgerlichen Rednern bekämpft und mit allen gegen wenige sozialdemokratische Stimmen abgelehnt.

Ein Gruß bürgerlicher Frauen über die Grenzen.

In der von Frau Minna Cauer herausgegebenen „Zeitschrift für Frauenstimmrecht“ finden wir folgenden „Gruß deutscher Frauen an französische Frauen“:

„Mit herzlichsten warmen Dankes haben deutsche Frauen den Gruß französischer Frauen erhalten und grüßen sie wieder im gleichen Sinne!“

Wir denken wie ihr! Wir fühlen wie ihr! Wir leiden wie ihr!

„Weichen Todeshauer aber, wie ihn dieser Krieg erzeugt, hat die Welt noch nie durchlebt, das empfinden die Frauen aller Nationen mit gleicher Stärke und Innerlichkeit, und diese Gleichheit des Empfindens schweißt uns zusammen wie glühende Blut das Eisen zu Stahl, und lehrert uns den heiligen Schmutz auszusprechen, den wir in dieser schweren Zeit schweben und den unausgesprochen alle verstehen, weil wir gleich denken, fühlen und leiden.“

Wenn diese Katastrophe einmal vorüber sein wird, dann wird man die Frauen aller Nationen handeln finden, um die Wiederholung solcher Zustände für immer unmöglich zu machen.

Das den französischen Frauen zum Gegengruß!“ (Z)

Der Konflikt mit Mexiko.

Washington, 23. Juni. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der mexikanische Gesandte erhob bei Lansing Klage darüber, daß General Pershing Casa Grandes besetzt habe und erklärte, dieses Vorgehen bedeute eine offene Feindseligkeit.

Washington, 23. Juni. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Es sind Anzeichen für einen friedlichen Vergleich mit Mexiko vorhanden. Doch ist Wilson entschlossen, die schärfsten Maßnahmen zu ergreifen, wenn die Bemühungen um einen Vergleich scheitern sollten.

Amerikanische Kriegsvorbereitungen.

London, 22. Juni. (B. Z. V.) Die „Times“ meldet aus Washington: Die militärischen Vorbereitungen gehen vorwärts. General Funston fordert sechzigtausend Mann Militär für den Grenzdienst. Kriegsschiffe werden nach der mexikanischen Küste geschickt und man bespricht die Frage einer Blockade Mexikos. Man fürchtet, daß sie wirtschaftliche Nachteile hauptsächlich für Kanada haben werde.

Washington, 23. Juni. (B. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Das Kriegsdepartement ordnete an, daß die ersten 5000 Mann Militärs, die in den mittleren und westlichen Staaten mobilisiert wurden, sofort nach der mexikanischen Grenze geschickt werden.

St. Louis, 20. Juni. (Funkpruch vom Vertreter des B. Z. V.) Hier wird angekündigt, daß ein aus Deutschen Anziedlern von St. Louis gebildetes Regiment sofort für den Dienst an der Grenze von Mexiko aufgeboden werden würde, wenn dies notwendig wäre. Es wird erklärt, daß die Deutschen den Eindruck zu widerlegen wünschen, daß sie nicht bereit wären, den Vereinigten Staaten zu helfen, sobald ein Aufruf zum Militärdienst erfolgen sollte.

Eine Beruhigungs-Erklärung Lansing's.

New York, 23. Juni. (B. Z. V.) Associated Press meldet aus Washington: Lansing hat an die diplomatischen Vertreter der Süd- und Zentralamerikanischen Staaten ein Rundschreiben bezüglich der Vereinigten Staaten und Mexiko erlassen, in welchem er ankündigt, daß, falls Feindseligkeiten eintreten sollten, der Zweck der Vereinigten Staaten der sei, sich gegen eine weitere Invasion zu schützen, nicht aber sich in die mexikanischen Angelegenheiten zu mischen.

Letzte Nachrichten.

Genosse Hermann Müller gewählt.

Neurode, 23. Juni. (B. Z. V.) In der heutigen Reichstagswahl des Wahlkreises Neichenbach-Neurode ist der sozialdemokratische Kandidat Hermann Müller aus Berlin-Wilmersdorf mit überwiegender Stimmenmehrheit gegen den freikonservativen Kandidaten Amtsgerichtsrat Krause-Neurode gewählt worden. Fünf Wahlbezirke stehen noch aus, die aber an dem Wahlergebnis nichts ändern werden.

Eine Anfrage in der „Tubantia“-Angelegenheit.

Osag, 23. Juni. (B. Z. V.) Der Abgeordnete der Zweiten Kammer Rierstraß hat an den Minister des Neuhäuser Fragen wegen der „Tubantia“-Angelegenheit gerichtet, nämlich, ob die Regierung urteilt: 1. daß die Verhandlungen mit der deutschen Regierung über den Unfall der „Tubantia“ mit der letzten Note dieser Regierung über das Ergebnis der amtlichen deutschen Untersuchung abgeschlossen seien, 2. daß auch nach der erwähnten Note die Tatsache besteht, daß die „Tubantia“ nicht durch einen herumtreibenden Torpedo, sondern durch einen Torpedoschub versenkt wurde, 3. daß die Tatsache, die die deutsche Regierung in der erwähnten Note angibt, jedenfalls die Verantwortlichkeit dieser Regierung für den Unfall und dessen Folgen ergebe und ob die Regierung beabsichtigt, von der deutschen Regierung die Anerkennung dieser Verantwortlichkeit zu fordern, 4. ist die Regierung bereit, wenn die „Tubantia“-Angelegenheit nicht durch Verhandlungen zu einem für Holland befriedigenden Ausgang gebracht werden kann, der deutschen Regierung vorzuschlagen, daß die Feststellung der tatsächlichen Ursachen des Unglücks und der Verantwortlichkeit für das Unglück und für dessen Folgen entweder einer zu diesem Zwecke von beiden Regierungen zu ernennenden internationalen Kommission oder dem permanenten Schiedsgerichtshof in Haag übertragen werde?

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag der Schuhmacher

über
Parteifreie, Kriegsinvalidenfürsorge und Frauenarbeit.

In der fortgesetzten Behandlung des Punktes
Krieg und Gewerkschaften

ging Redakteur **Woz** auf die gegen das Fachblatt erhobenen Einwände ein, die er als unbegründet bezeichnete. Der Vertreter der Generalkommission, **Silberschmidt**, machte den Vermittlungsvorschlag, die Absätze 4, 5 und 6 der Resolution, die die Haltung der Generalkommission bedauert und unbedingte Neutralität von allen Organen der Gewerkschaften verlangt, zu streichen und dafür den Vorstand zu beauftragen, bei der Generalkommission zu beantragen, daß die Fernhaltung des Parteifreie von den Gewerkschaften auf die Tagesordnung einer Vorstandskonferenz gesetzt wird, die alsbald einzuberufen sei. Es soll dann weiter gesagt werden: „Der Verbandstag erwartet, daß diese Konferenz die geeigneten Maßnahmen ergreift, durch die das Uebergreifen des Parteifreie auf die Gewerkschaften verhindert und damit die Gefahr der Zersplitterung und Schwächung dieser Organisationen unmöglich wird.“

Simon erklärte im Schlußworte, es läge ihm nichts daran, einen Mehrheitsbeschluß herbeizuführen. Er sei überzeugt, daß die vorgelegte Resolution mit großer Mehrheit vom Verbandstag angenommen würde. Um aber einen einmütigen Beschluß herbeizuführen, ist **Simon** bereit, den Absatz 4 seiner Resolution, der die Haltung der Generalkommission und des „Korrespondenzblattes“ bedauert, zurückzuziehen und dem Absatz 5 den von **Silberschmidt** vorgeschlagenen Zusatz anzufügen.

Die so geänderte Resolution wurde dann einstimmig angenommen.

Sie hat nun folgenden Wortlaut:

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands steht in der Stärke und Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung nicht bloß des eigenen Berufs, sondern auch der aller Klassenbewußten Arbeiter Deutschlands eine wichtige Voraussetzung für die Ueberwindung der nach dem Kriege die Arbeiterbewegung bedrohenden wirtschaftlichen und machtpolitischen Gefahren. Der Verbandstag betont deshalb, daß niemals mehr als jetzt die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ein hohes Gut sei, das zu gefährden oder in Frage zu stellen mit aller Macht und Vorsicht vermieden werden soll.

Der Verbandstag verheißt sich nicht, daß die tiefen Meinungsverschiedenheiten in der politischen Arbeiterbewegung auch auf die Mitglieder unserer und der anderen Gewerkschaftsorganisationen, wie auch auf ihre leitenden Männer einwirken mußten. Aber diese Kämpfe sollen auf dem Boden der politischen Organisation ausgefochten werden.

Niemals mehr als jetzt ergab sich die Arbeitsteilung der Arbeiterbewegung und die Einhaltung der Grenzlinien der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung als eine Notwendigkeit. Die vor dem Kriege stets betonte Neutralität der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in politischer Beziehung darf heute nicht gering gewertet oder gar beiseite geschoben werden, wo der Streit in der politischen Arbeiterbewegung zerstörend hinüberzureißen droht auf die gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen.

Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands fordert alle Organe der Gewerkschaften auf, im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung unbedingte Neutralität zu halten in dem politischen Streit, der die Arbeiterbewegung zersplittert. Er beauftragt daher den Verbandsvorstand, bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zu beantragen, daß die Frage „Fernhaltung des Parteifreie von den Zentralverbänden“ auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandskonferenz gesetzt wird, die alsbald einzuberufen ist. Der Verbandstag erwartet, daß diese Konferenz die geeigneten Maßnahmen ergreift, durch die das Uebergreifen des Parteifreie auf die Gewerkschaften verhindert und damit die Gefahr der Zersplitterung und Schwächung dieser Organisationen unmöglich wird.

Der Verbandstag verlangt vom Vorstand die Fortsetzung seiner bisherigen neutralen Haltung in allen Streitigkeiten der sozialdemokratischen Partei, um so diesen Streit von unserer Organisation fernzuhalten, um unsere Agitation für die Gewinnung neuer Mitglieder nicht zu erschweren und um zu verhindern, daß Mitglieder unter Berufung auf die Differenzen in der Arbeiterbewegung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen.

Ueber

Die Beschäftigung der Kriegsinvaliden

referierte hierauf Sekretär **Weiders**. Die Frage der Fürsorge und Beschäftigung der Kriegsinvaliden sei von eminenter Bedeutung, denn die Zahl der Unglücklichen, die mit Kränkheiten, Wunden und Verwundungen aller Art aus diesem schrecklichen Weltkrieg zurückkehren, sei heute schon beträchtlich. Bei der Dauer des Krieges steige diese Zahl täglich und es werde daher eine gewaltige Aufgabe sein, diese Frage in einer einigermaßen befriedigenden Weise zu lösen. In erster Linie sei es Ehrenpflicht des Staates, für die fernere Zukunft dieser Kriegsinvaliden und Krüppel in ausreichendem Maße zu sorgen. Die Hilfe des Staates werde dazu aber nicht ausreichen, alle Volksgenossen müßten daran tatkräftig mitarbeiten.

Wir dürfen nicht dulden, daß Männer, die für das Vaterland gekämpft und gelitten haben, mit einem Verleihen ausgerüstet oder als Hausierer oder womöglich als Bettler durchs Land ziehen und auf die Wohlthaten ihrer Mitmenschen angewiesen sind. (Lebhafte Zustimmung.) Die Fürsorge für die Kriegsinvaliden darf mit Wohlthätigkeit nicht zu tun haben, es ist eine Pflichterfüllung, sie soweit wie möglich wieder herzustellen und ihnen in jeder Weise zu helfen. Soweit dafür Einrichtungen geschaffen sind, sollen wir uns daran beteiligen. Der Redner besprach dann die mit den Fabrikanten getroffenen Vereinbarungen über die Wiedereinstellung von Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten in der Schuhindustrie. Nach diesen müssen den Arbeitern bei ihrer Rückkehr soweit möglich ihre alten Stellen offen gehalten werden. Kriegsbeschädigte sollen, soweit sie zur Ausübung ihrer früheren Arbeit befähigt sind, ebenfalls wieder bei ihren früheren Arbeitgebern beschäftigt werden und bei Wiedereinstellung den Vorzug vor nichtbeschädigten Kriegsteilnehmern erhalten.

Von einer Debatte über das Referat wurde Abstand genommen und den Vereinbarungen zugestimmt. — Von der Arbeitgeberorganisation ist die Zustimmung bereits erfolgt.

Ueber

Die Frauenarbeit in unserem Berufe

sprach dann **Simon**. Er erörterte das Resultat einer vom Verband ausgenommenen statistischen Untersuchung, die zeigt, daß die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte in der Schuhindustrie ständig zunimmt. Besonders ist der Prozentfuß von den Gesamtbeschäftigten, den die weiblichen Arbeiter bilden, stark gestiegen. In den von der Statistik erfassten Fabriken stellen die weiblichen Arbeitskräfte mehr als die Hälfte der Beschäftigten, teilweise sogar bis 80 Proz. Für den Verband ergibt sich die Notwendigkeit, betonte **Simon**, daß er dieser Verschiebung das größte Augenmerk schenkt. Wir müssen verlangen, daß für die Arbeit, die jetzt von Frauen ausgeführt wird, die gleichen Löhne bezahlt werden, den die Männer erhalten haben.

Am Schluß seiner Ausführungen unterbreitete der Vortragende einen Antrag, nach dem die Kollegen **Woz** und **Simon** beauftragt werden, im Reichstage dahin zu wirken, daß eine Bundesratsverordnung zu erlassen ist, nach welcher die nach Beendigung des Krieges heimkehrenden Krieger, soweit nicht geschäftliche Hindernisse dem entgegenstehen, wieder an ihre vor dem Krieg innegehabten Arbeitsplätze einzustellen sind. Während des Krieges eingestellte Ersatzkräfte sollen, soweit dies möglich, in den betreffenden Betrieben anderweitig beschäftigt werden. — In der Diskussion wurden die Ausführungen **Simons** wirksam unterstützt. Es wurde besonders betont, daß das Solidaritätsgefühl der weiblichen Arbeitskräfte gehoben und sie für die Organisation gewonnen werden müssen.

Der Antrag **Simon** fand einstimmige Annahme.

Bei der nun folgenden Statutenberatung wurden wesentliche Veränderungen nicht vorgenommen. Beschlossen wurde, daß für den Fall sich nach dem Krieg die Einberufung eines außerordentlichen Verbandstages nötig macht, die Delegierten dafür neu zu wählen sind.

Vorstand, Redakteur **Woz** und der Ausschufvorsitzende wurden wiedergewählt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet.

Bemerkung: Vorsitzender **Simon** bezeichnete die einleitende Bemerkung des Berichterstatters im gestrigen Bericht, daß vier Redner der Ansicht der Mehrheit der Reichstagsfraktion und der Generalkommission beistimmen, als nicht richtig. Diese Delegierten hätten sich nicht rückhaltlos hinter die Generalkommission gestellt. — Der Bericht über die Ausführungen dieser Redner, die die Bemerkung veranlaßten, wurde von seiner Seite beanstandet.

Ausland.

Lohnbewegungen in Warschau.

Bei der Warschauer Straßenbahn (einem privaten Unternehmen) brach am 16. Mai dieses Jahres ein Streik aus, der seine Ursache in einer Nichtstimmung der Angestellten gegen die Geschäftsleitung, daneben auch in den recht ungünstigen Besoldungs- und Arbeitsbedingungen hatte. Auf Veranlassung des Generalgouvernements, das die bisherige Direktion beiseite und einen Zwangsverwalter der Straßenbahn ernannte, wurde ein Teil der Forderungen der Angestellten auf dem Gebiete der Besoldung, Verurlaubung und Kündigung erfüllt. Am 2. Juni war der Streik völlig beendet. Die wenigen während seiner Dauer verhafteten Straßenbahnangestellten wurden sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Eine Arbeitseinstellung, die in den städtischen Wasserwerken — als Sympathiebewegung und gleichfalls in Zusammenhang mit Lohn- und ähnlichen Forderungen — auszubrechen drohte, konnte durch Vermittlung des Generalgouvernements, das auf eine angemessene Erhöhung der Löhne hinwirkte, vermieden werden.

Gewerkschaftliche Internationale.

In der „Justice“ vom 17. Juni 1915, dem Organ der britischen sozialdemokratischen Partei, schreibt **Quelch Jun**, der auch Redakteur des „Federationist“ ist, Organ der General Federation of Trade Unions: „Trotz des Krieges und der dadurch herbeigerufenen Schwierigkeiten sind drei von den verschiedenen internationalen Berufssekretariaten neben dem Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sekretär **Legien**) fröhlich mit ihrer Arbeit beschäftigt. Die Bulletin der Internationalen Holzarbeiter-Union, der Internationalen Transportarbeiter-Federation und vom Internationalen Metallarbeiterbund erscheinen regelmäßig, sind frei von Rassenhaß und Chauvinismus und suchen nachzuweisen, daß das Herz der Internationale noch gesund ist und kräftig schlägt, im Widerspruch zu der häufigen Ankündigung ihres Hinscheidens.“

Aus Industrie und Handel.

Wirtschaftlicher Aufschwung in Kanada.

Die „Ball Mall Gazette“ vom 8. Juni berichtet, daß der Handel in Kanada sich infolge der Kriegslieferungen und der großen Ernte andauernd hebt. Das Geschäft im April erreichte die bemerkenswerte Höhe von 106 585 834 Pfund im Vergleich zu nur 65 221 031 Pfund in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres vorher. Eine Zunahme zeigt sich sowohl auf dem Gebiete der Ausfuhr als auch der Einfuhr.

Die Einfuhr belief sich auf 50 612 619 Pfund gegen 28 963 750 Pfund im April 1915.

Die Ausfuhr stellte sich auf 55 872 720 Pfund im Vergleich zu 36 257 275 Pfund im April des verfloffenen Jahres.

Japans wirtschaftlicher Aufschwung.

Die „Ball Mall Gazette“ vom 9. bezeichnet bei Besprechung des wirtschaftlichen Aufschwunges Japans als charakteristisches Merkmal die Tatsache, daß die Ausfuhr im verfloffenen Wirtschaftsjahr die Einfuhr um 176 Millionen Yen überstiegen hat.

Die Einfuhr aus England ist von 123 Millionen Yen im Jahre 1913 und 93 Millionen Yen im Jahre 1914 auf 58 Millionen Yen im Jahre 1915 gefallen. Eine andere vielleicht noch interessantere Erscheinung ist die Neuverteilung des japanischen Handels mit den anderen Ländern seit Kriegsbeginn.

Der verminderten Ausfuhr nach Deutschland und Oesterreich steht eine Ausfuhr nach Großbritannien, Frankreich und das europäische Rußland in fünfzehnhalbprozentiger Höhe gegenüber.

Die Ausfuhr nach China ging um 21 Millionen Yen zurück, während sich die Einfuhr von dort um 27 1/2 Millionen Yen steigerte. Der Wert der Verschiffung nach dem asiatischen Rußland ist von 10 Millionen auf 78 Millionen Yen gestiegen. Die Einfuhr nach Australien hat sich von 11 Millionen auf 18 Millionen Yen gehoben. Australien hat seine Ausfuhr nach Japan gleichfalls um 15 Millionen durch Lieferung von Wolle verdoppelt.

Als ein weiteres Zeichen für die Erstarkung des japanischen Handels durch den Krieg muß endlich der Umstand angesehen werden, daß die Einfuhr der Kapulonen und Argentinien aus Japan die doppelte Höhe erreicht haben.

Soziales.

Arbeitsbeschaffung für erwerbsbeschränkte Tuberkulöse.

Die Parlamentsdeputation der Stadt Charlottenburg hat im vorigen Jahre einen von der Tuberkuloseheilstätte als nur beschränkt arbeitsfähig entlassenen Tuberkulösen mit einem Verlohn von 2,52 M. als Parkwächter angestellt und beschloffen, auch fernerhin für ähnliche Posten nur solche aus einer Tuberkuloseheilstätte als nur beschränkt arbeitsfähig entlassenen tuberkulösen Arbeiter anzustellen.

In ähnlicher Weise verfahren auch andere Gemeinden; auch der unter dem Vorh. von Freund in Berlin bestehende „Verband märkischer Arbeitsnachweise“ hat in den zwei Rechnungsjahren 1913/14 und 1914/15 von 488 aus Tuberkuloseheilstätten Entlassenen 102 (96 männliche und 6 weibliche) als noch in der Arbeitsfähigkeit beschränkt in solche Stellen untergebracht, die ihrem Kräftezustande entsprachen, nämlich 41 als Arbeiter, 34 als Hausdiener, 7 als Metallarbeiter, je 2 als Portier, Tischler und Gärtner, die übrigen als Aufsicher, Handwerker, Schreiber, Zettelauweiler usw., meist mit einem Wochenlohn von 20 bis 24 M. Die meisten von ihnen besaßen bei ihrer Entlassung aus der Heilstätte nach der ärztlichen Bescheinigung nur eine Arbeitsfähigkeit von 75 Proz.

Auch die Versicherungsanstalten haben die Arbeitsvermittlung für aus Heilstätten entlassene Versicherte erfolgreich aufgenommen, wie aus den Monatsblättern für Arbeiterversicherung zu ersehen ist. Außer Charlottenburg sind auch eine Reihe anderer Gemeinden in diesem Sinne vorgegangen und dies dürfte — wenn man die Tuberkulösen nicht als Lohnbrüder benutzt — wohl auch unter den heutigen Verhältnissen eine richtige Lösung der Tuberkulosefürsorge sein.

Ungarische Hinterbliebenenversorgung.

Die Budapest „Volkstimme“ veröffentlicht eine Anfrage, die ihr vom Gewerkschafts-Kartell **Hujum** zugegangen ist. Die Anfrage bezieht sich darauf, daß der Vorsitzende dieses Kartells, ein geborener Ungar, als Soldat gegen Rußland gefallen ist. Während seine Familie bisher eine monatliche Unterstützung von 60—62 M. erhalten hatte, bekam sie nun die Mitteilung, daß sie fortan eine Witwenrente von 112 Kronen und für die beiden Waisen je 48 Kronen jährlich erhalten werde. Das macht also für die Familie 200 Kr. pro Tag. Da eine reichdeutsche dreiföpfige Familie täglich 2 M. erhalten würde, erschien die ungarische Familienversorgung dem Gewerkschaftskartell so unwahrscheinlich, daß es in Budapest anfragte. Die „Volkstimme“ muß aber bestätigen, daß tatsächlich nach dem ungarischen Gesetz die Versorgung nicht höher ist. Es dürfte also die Familie der Armenversorgung zur Last fallen und sie kann schließlich aus Deutschland nach dem fernem und fremden Ungarn ausgewiesen werden!

Freiwillige Gemeinde. Sonntag, den 25. Juni, vormittags 9 Uhr Pappelallee 15—17; Neufölln, Oberpoststraße, „Abendkino“, und Oberkornstraße, Markt 2; Freiwillige Versorgung, vormittags 11 Uhr, Kleine Frankfurter Straße 6; Vortrag des Herrn Dr. R. Biele: „Wesen und Geschichte der Freimaurerei, reichlich beleuchtet.“

Allgemeine Familienherbette. Sonntag, den 25. Juni, Zahl- und Aufnahmestag von 3—6 Uhr im Restaurant „Bericht“, 12/13, und Duxdamer Str. 14.

Assendes für stärkste signen in allen Abteilungen. Auswahlsendung nach aussenhalb zur gegen Anzahlung.

Billige Preise!!!

Modell-Kostüme, reizende Ausführungen, aus Kammgara, Tuch, Seide, samt, Schöpfungen erster Meister, Ersatz für neueste Werkstattarbeiten (neueste Herbstmodelle)	15,- 120,- 100,- 75,- 62,-	Die schönsten Gummimäntel und Ingrünierete Mäntel aus Woll, Popeline, Seide, antiseptische Gummischnitte in blau, grün, lila, sep, braun, wunderbar leicht und porös	65,- 55,- 45,- 35,- 25,-
Fasche Kostüme aus Kammgara und Krüsselstoffe	35,- 25,- 22,- 18,-	Gediegene Gummimäntel und Staubmäntel	24,- 22,- 20,- 18,- 15,- 12,-
Herrengummimäntel, praktisch auszuführen in allen Weiten und Farben	60,- 40,- 32,- 25,- 24,- 20,-	Lodenmäntel	53,- 45,- 35,- 30,-
Felshäcker-(Coverkot) Mäntel, Sportmäntel, Sportjackets, beste Stoffe, Glockenschnitte, auch glatte Formen	55,- 45,- 35,- 25,- 22,- 18,-	Lodenkostüme	64,- 42,- 35,-
Meine Winter-Angebote!!!		Modell-Höcke, Tafel u. Rollens	55,- 45,- 35,- 25,-
Mollige Ulster, herrliche Qualitäten, für die Reise, weiche, dicke Stoffe, wunderbare Glocken und glatte Formen	97,- 82,- 68,- 45,- 32,- 24,- 18,-	Sport-Röcke	15,- 12,- 9,- 6,-
Gedieg. Pelzmäntel, lang u. kurz, echte Felle, beste Kürschnerarbeit	300,- 600,- 450,- 300,- 200,-	Prachtvolle Filzschmähntel, kurz und lang	140,- 120,- 80,- 65,-
		Gediegene Wallporschmähntel, aus echtem Mohair	75,- 65,- 55,- 48,-
		Einsame kurze Pelzjackets	60 bis 100 Mark

Westmann

I. Geschäft: Mohrenstr. 37a (Kolonnaden) II. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend

Zum Wandern bei Wind und Wetter

Loden-Pelzinnen
Loden-Anzüge
Loden-Joppen
Loden-Hosen
Bozener Mäntel
Regen-Mäntel

für Herren u. Knaben

Rucksäcke — Lodenhüte — Gamaschen
Gürtel — Mützen — Sportheimden

BILLIGE PREISE

BAER SOHN

Chaussee-Strasse 29/30 BERLIN 11 Brücken-Strasse 11
Gr. Frankfurter Str. 20 Cap. 1891 Schöneberg, Hauptst. 10

Sonntag von 8—10 Uhr geöffnet



Eine Liebesgabe an die Landwirtschaft.

In den agrarischen Blättern wurde dieser Tage bewegliche Klage darüber geführt, daß Kriegsgefangene für landwirtschaftliche Arbeiten nicht in hinreichender Zahl zu erhalten seien, und die „Deutsche Tageszeitung“ ging so weit, in der ihr eigenen Art, „dem dringenden Wünsche Ausdruck zu geben, daß solche Schwierigkeiten gegebenenfalls durch allgemeine Anordnungen so bald als möglich und so gründlich wie möglich beseitigt werden“. Ob und inwieweit die Beschwerden von Seiten der landwirtschaftlichen Unternehmer begründet sind, entzieht sich zurzeit unserer Beurteilung. Worauf aber in der Presse bereits hingewiesen wurde, ist die seltsame Art der Entlohnung der in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen, die in krassem Widerspruch steht zu der Klage des konservativen Abgeordneten Dr. Böckel im Reichstage, daß die Landwirtschaft infolge übermäßiger Lohnforderungen mit einer „ungeheuren Produktionsverteuerung“ zu rechnen habe. Sehr interessant ist in dieser Beziehung, was Dr. Paul Michaelis im „Berliner Tageblatt“ über die Entlohnung der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft schreibt:

Die Dinge liegen hier so, daß durch eine gemeinschaftliche Entschädigung des preussischen Landwirtschaftsministers und des preussischen Kriegsministers vom 15. April dieses Jahres der Landwirt für jeden von ihm beschäftigten Gefangenen und für jeden zur Bewachung abgeordneten Soldaten einen täglichen Verpflegungszuschuß von 80 Pf. erhält, während er selbst nur einen Tageslohn von 30 Pf. für jeden Verletzt dem Gefangenen zu zahlen verpflichtet ist. Der Landwirt erhält also dafür, daß ihm der Staat aus den Gefangenenlagern Arbeitskräfte zur Verfügung stellt, die ihm nur die Verpflegung kosten, noch eine Barleistung, die für den Wochentag 90 Pf. und für die Sonntage und Feiertage 60 Pf. ausmacht. Da der Lohn für einen freien Dienstknecht oder Tagelöhner heute drei Mark betragen würde, so ist die bei den Kriegsgefangenen gemachte Ersparnis nicht gering. Wie hoch sich die Ausgaben für die Verpflegung der Kriegsgefangenen belaufen, darüber mag man verschiedener Ansicht sein. Aber wenn man berücksichtigt, daß der Landwirt seine Lebensmittel zum größten Teil selbst erzeugt, so wird man diese Unkosten nicht wohl höher als auf 1,20 Mark veranschlagen können. Berücksichtigt man also den Verpflegungszuschuß, so kommt der Gefangene dem landwirtschaftlichen Arbeitgeber täglich auf höchstens eine Mark zu stehen. Unter diesen Umständen kann man, wenigstens soweit es sich um Kriegsgefangene handelt, gewiß nicht von einer „ungeheuren Produktionsverteuerung“ sprechen.

Der Vorteil, den die Landwirtschaft aus diesem System der Entlohnung herausholt, tritt noch deutlicher zutage, wenn man die Lohnverhältnisse vor dem Kriege berücksichtigt, wo der Landwirt seine Erzeugnisse bekanntlich zu weit niedrigeren Preisen wie jetzt verkaufen mußte. Wie uns ein Korrespondent aus dem Danziger Bezirk mitteilt, erhielt ein russischer Landarbeiter in Friedenszeiten im Durchschnitt: 1. freie Station = 1 M., 2. Baarlohn = 2 M., insgesamt also 3 M. pro Tag. Jetzt jedoch zahlt der Besitzer an jeden der Kriegsgefangenen — von denen viele in Friedenszeiten in Deutschland gearbeitet haben — 30 Pf. pro Tag Lohn und erhält vom Staat 60 Pf. für die Verpflegung. Selbst wenn man die Verpflegungskosten höher veranschlagt als in Friedenszeiten, so muß man den Ertragsgewinn des Landwirts auf mindestens zwei Mark pro Tag und Kriegsgefangenen berechnen. Hierbei sind noch, wie Dr. P. Michaelis angibt, folgende Fälle zu verzeichnen: „Es ist nichts Ungewöhnliches — schreibt er — daß man die Landsturmlaute mit Kriegsgefangenen auf ihre eigenen Güter hinausgeschickt als Begleitleute der Gefangenen. Ein solcher Landsturmmann, der in Friedenszeiten nur schwer einen Knecht finden konnte, hat dann die Möglichkeit, mit kräftigem, meist auch geübtem Personal zu wirtschaften, bezieht für seine Gefangenen die Ernährungsbeihilfe und für seine eigene Person noch Sold und Verpflegungsgeld als militärischer Wachmann. So kommt eins zum anderen.“

Dies die Zustände, soweit die Kriegsgefangenen als Arbeitnehmer und die hierbei erzielten Ertragsgewinne der Arbeitgeber in Betracht kommen. Eine besondere Berücksichtigung beanspruchen aber noch die Aufwendungen des Staates, die den Landwirten zugute kommen.

Nimmt man an, schreibt Dr. Michaelis in dem zitierten Artikel — daß drei Viertel Millionen Gefangene in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bedeutet der Zuschuß von 80 Pf. auf den Kopf und Tag eine tägliche Ausgabe von 450 000 M., was einer monatlichen Ausgabe von 13½ Millionen und einer jährlichen Ausgabe von 162 Millionen entspricht. Nimmt man selbst an, daß die Zahl der Gefangenen etwas geringer ist und daß die Gefangenen nicht das ganze Jahr in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so macht diese Gefangenenliebesgabe an die deutsche Landwirtschaft doch eine sehr beträchtliche Summe aus. Ursprünglich war denn auch die Ernährungsbeihilfe nur für die Winterzeit bewilligt, in der die Landwirte die Arbeitskraft der von ihnen übernommenen Gefangenen nur in geringerem Maße ausnützen können. Sie konnte für diese Periode als Ersatz einer den Gefangenenlagern abgenommenen Leistung angesehen werden. Aber nachdem die Durchführung dieses angenehmen Gesichts auch für die Sommermonate erreicht worden ist, ist die Landwirtschaft durch die Gefangenenarbeit recht günstig gestellt.

Diese Darstellung des liberalen Blattes wird sicherlich in der agrarischen Presse als Ausschluß einer besonderen „Gehässigkeit“ der Landwirtschaft gegenüber gekennzeichnet werden. Wir können hierzu nur sagen, daß die Kritik des Herrn Michaelis an den geschilderten Zuständen noch außerordentlich milde genannt werden muß.

Politische Uebersicht.

Die Verhandlung gegen Liebknecht.

Die Hauptverhandlung gegen den Genossen Abgeordneten Dr. Karl Liebknecht findet am 28. Juni vor dem Königl. Kommandanturgericht in der Lehrter Straße statt. (2)

Großadmiral v. Tirpitz an Vallin.

Großadmiral v. Tirpitz richtete anlässlich eines Glückwunsches zu der sieghaften Leistung der deutschen Flotte bei Etagen an Generaldirektor Vallin folgende Botschaft: Aufrichtigsten Dank, mögen für Deutschland und für die dauernden Interessen unserer großen Schiffsfahrtslinien Ihre Gedanken sich erfüllen, daß wir an dem nassen Dreieck nicht stehenbleiben.

„Die Einheitschule — eine landfeindliche Forderung“?

Unter diesem bezeichnenden Titel veröffentlicht der „Tag“ einen Artikel gegen die Einheitschule, die mit Recht als eine der aus den Kriegserfahrungen notwendig sich ergebenden Forderungen allgemein angesehen wird. Was der „Tag“ gegen die Einheitschule einwendet, ist zunächst einmal der Hinweis auf die Schwierigkeiten, die der Einheitschule auf dem Lande entgegenstehen. Wir sehen gerade darin einen Vorzug der Einheitschule, daß sie endlich mit dem System der schlechteren Volksbildung auf dem Lande brechen würde. Der Verfasser des Artikels weist weiter darauf hin, daß das Problem der Einheitschule noch nicht dadurch gelöst wird, daß ein Schulgeld von keiner Bildungsanstalt mehr erhoben wird. Der „Tag“ meint, außer dem Schulgeld sei doch noch das Bargeld für die Pension in der Stadt und für den sonstigen „erhöhten Lebensaufwand“ (insbesondere Kleidung) aufzubringen. Auch sei zu berücksichtigen, daß die Schulkinder auf dem Lande wirtschaftliche Arbeit verrichten, deren Ausfall ebenfalls mit mehreren hundert Mark anzusehen sei. Wir sehen nicht ein, weshalb gerade die Kinder auf dem Lande verpflichtet sein sollen, während ihrer Schulzeit wirtschaftliche Arbeit zu verrichten. Immerhin ist es richtig, daß mit der Einführung der Einheitschule die Kosten für die Erziehung wesentlich steigen würden. Wir sind aber weiter überzeugt, daß die Einheitschule den Kindern des Volkes nicht nur einen persönlichen Gewinn bringen, sondern sich infolge der gesteigerten Leistungen der durch die Einheitschule gegangenen Kinder für das ganze Wirtschaftsleben rentabel erweisen wird.

Elternsprechstunden.

Auf Grund der guten Erfahrungen, die die höheren Lehranstalten durch die Pflege möglichst enger Beziehungen mit dem Elternhause gemacht haben, erklärt ein Erlass des Kultusministers an die Provinzialschulinspektoren: „Die Erfahrungen legen es nahe, von neuem auf die Aufgabe der Direktoren und Lehrer, der Direktorinnen und Lehrerinnen hinzuweisen, sich mit den Eltern in dauernder Verbindung zu halten und keine Gelegenheit zu verpassen, durch Besprechungen mit den Eltern Erfahrungen über ihre Schüler zu sammeln und sich über deren besondere Veranlagung in geistiger und sittlicher Hinsicht zu unterrichten. Die Bestimmung der Dienstverpflichtungen von 1910 über die regelmäßigen Sprechstunden hat nicht den Sinn, daß Direktor und Lehrer nur zu dieser Zeit den Eltern die Möglichkeit einer Besprechung bieten, zumal, da es manchen Vätern wegen ihrer beruflichen Verpflichtungen oft unmöglich ist, zu der angegebenen Sprechstunde zu erscheinen. In solchen Fällen müssen der Direktor und der Lehrer sich gern bereit zeigen, durch besondere Verabredung eine Aussprache zu ermöglichen. Unter Umständen wird es sich auch empfehlen, die Eltern zu einer Besprechung einzuladen oder sie zu diesem Zwecke aufzusuchen. In den regelmäßig mindestens einmal wöchentlich festzusetzenden Sprechstunden muß der Lehrer stets zu sprechen sein, auch ohne vorherige Anmeldung der Eltern. Für die ganze Schule ist ein Sprechstundenplan aufzustellen und den Eltern bekannt zu geben, wie dies bereits an manchen Anstalten mit gutem Erfolge geschieht. Für die Elternsprechstunden ist in der Schule nach Möglichkeit ein besonderer Raum zur Verfügung zu stellen.“

Brennnessel-Sammeln.

Dem „Berliner Tagebl.“ wird mitgeteilt, daß der preussische Minister für Landwirtschaft soeben an sämtliche Landräte einen Erlass gerichtet hat, in dem eine sofortige Organisation der Einsammlung von Brennnesseln angeordnet wird. Der Krieg habe die Einfuhr von Hanf und Baumwolle fast vollständig unterbunden, es mühten daher zur Vermehrung des heimischen Spinnstoffvorrates alle im Inlande vorhandenen verjüngbaren Pflanzen genutzt werden. Dazu gehöre auch die Brennnessel, deren Faser nach dem Neuen, von einer deutschen Firma entdeckten Verfahren bearbeitet werden könne.

Die Reichsbevollmächtigte teilt mit, daß es ihr bei der Fülle der einlaufenden Anfragen nicht möglich ist, den einzelnen Interessenten Auskünfte über die Anwendung der Bundesratsverordnung vom 10. Juni zu erteilen. Sie bittet daher, sich in fraglichen Fällen an die zuständige amtliche Handelsvertretung zu wenden, der das zur Auskunftserteilung notwendige Material vorliegt.

Zentrumsabgeordneter Weisler gestorben. Der Landtagsabgeordnete für Reichenbach-Neurode, Amtsvorsteher Weisler (Zentrum) ist im Alter von 72 Jahren einem Herzschlag erlegen.

Maßnahmen für die Ernährung der Arbeiterschaft.

Der Minister des Innern hat wegen der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter folgenden Erlass an den Oberpräsidenten in Potsdam und an die Regierungspräsidenten gerichtet:

Bei den gegenwärtigen Schwierigkeiten in der Lebensmittelversorgung liegt es im dringenden vaterländischen Interesse, daß den Arbeitern, die entweder in den von der Meeres- und Marineverwaltung mit der Herstellung von Kriegsmaterial aller Art oder von Ausrüstungsgegenständen betrauten Fabriken oder überhaupt in umfangreichen industriellen Betrieben für die allgemeine Volkswirtschaft schwere körperliche Arbeit zu verrichten haben, Lebensmittel in dem zur Erhaltung ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit und ihrer Arbeitsfreudigkeit notwendigen Umfang zugeführt werden. Aus den Kreisen der Arbeiterschaft von Berlin und den Nachbargemeinden werden über die jetzige Organisation der Lebensmittelversorgung namentlich nach zwei Richtungen hin Klagen erhoben. In erster Linie wird bemängelt, daß Arbeiter, die außerhalb ihrer Wohnortgemeinde beschäftigt sind, nicht die Möglichkeit haben, während der Arbeitszeit in der Arbeitsgemeinde außer dem etwa mitgebrachten Brot Nahrungsmittel zu genießen, weil verschiedene wichtige Lebensmittelarten, namentlich die Fleischsorte, die Fettart und die Kartoffelart nur für den Bezirk der Wohnortgemeinde Geltung haben und nicht zum Bezuge von Nahrungsmitteln in der Arbeitsgemeinde berechnigt. Demgemäß sind auch die Kantinen der Fabriken nicht in der Lage, den Arbeitern wie in Friedenszeiten eine Mahlzeit zu verabfolgen. Denn sie können, so lange die Arbeitsgemeinde lediglich für die ortsanfässige, nicht auch für die in ihrem Bezirk beschäftigte Bevölkerung Lebensmittel zur Verfügung stellt und den Lebensmittelarten anderer Ge-

meinden die Anerkennung versagt, die für die Vereitung von Speisen hauptsächlich in Betracht kommenden öffentlich bewirtschafteten Lebensmittel nicht beschaffen.

In zweiter Linie wird darüber geklagt, daß die Arbeiter in den genannten Betrieben wegen der langen Dauer der Arbeitszeit, soweit es sich um verheiratete Männer handelt, wegen der häufig stattfindenden Mitbeschäftigung der Frauen in den Fabriken die ihnen nach der Verbrauchsregelung der Gemeinden zustehende Lebensmittelration tatsächlich nicht zu erlangen vermögen, weil sie außerstande sind, die von den Verkaufsstellen für Lebensmittel festgesetzten Abholungszeiten inne zu halten oder vor den Verkaufsstellen lange auf Abfertigung zu warten.

In der am gestrigen Tage im Ministerium des Innern stattgehabten Besprechung über Maßnahmen zur schleunigen Beseitigung dieser Mißstände in Berlin und den Vororten wurde der erste Punkt der Beschwerden als der Abhilfe dringend bedürftig und auch sofort praktisch lösbar von allen Seiten anerkannt, während der zweite Punkt zunächst dem Arbeitsnachweis für Groß-Berlin zur Begutachtung überwiesen wurde.

Bezüglich des Punktes 1 wurde folgendes Vorgehen vereinbart:

1. Den mit schwerer körperlicher Arbeit beschäftigten Personen in größeren Fabriken (vergl. Eingang dieses Erlasses) muß die Möglichkeit eröffnet werden, in der Arbeitsgemeinde, und zwar in der Kantine der Fabrik, auch wenn sie dort nicht ihren Wohnsitz haben, eine Mahlzeit während der Arbeitsdauer einzunehmen.
2. Zu diesem Zweck werden die im Arbeitsausfluß vertretenen Kommunalverbände des Berliner Wirtschaftsgebietes solcher Fabrikantinnen, bei denen mindestens 500 Arbeiter der Fabrik für die Hauptmahlzeit angemeldet haben, die zur Beschäftigung der körperlich schwer arbeitenden Personen erforderlichen, in öffentlicher Bewirtschaftung stehenden Lebensmittel ohne Rücksicht auf die Gemeindezugehörigkeit liefern.
3. Zur Ausführung dieser Bestimmungen haben die Fabrikleiter der Gemeinde des Fabrikortes und gegebenenfalls dem Arbeitsausfluß ohne Verzug Listen zu überreichen, aus denen sich Name und Wohnort der zur Kantinenverpflegung angemeldeten Arbeiter ergeben. Die Kantinen sind im übrigen den Speisewirtschaften im Sinne der Verbrauchsregelungen gleich zu stellen; der Arbeitsausfluß kann diese Gleichstellung auch auf Kantinen ausdehnen, bei denen die Kesselbesitzer von 500 nicht erreicht wird.
4. Die Kantinen haben den Arbeitern für die Verabfolgung der Mahlzeit von den Lebensmittelarten der Wohnortgemeinde Abschnitte in der vom Arbeitsausfluß zu bestimmenden Menge abzunehmen und die Abschnitte der Arbeitsgemeinde zu überreichen. Der Arbeitsausfluß wird nähere Grundzüge über den in dieser Angelegenheit nötigen Ausmaß der Lebensmittelvorräte zwischen den einzelnen Kommunalverbänden insbesondere zwischen den Gemeinden des Fabrikortes und des Wohnortes der angemeldeten Arbeiter festlegen.
5. Die Einbeziehung der Stadt Spandau in die Regelung wurde namentlich von militärischer Seite als dringend notwendig bezeichnet.
6. Quere Erzeugnisse erlaube ich ergeben, daß Weitere im Sinne dieser Vereinbarungen alsbald in Gemeinschaft mit dem Regierungspräsidenten in Potsdam veranlassen und insbesondere auch für die Einbeziehung der Stadt Spandau in die Regelung in einer mit den beteiligten Kommunalverwaltungen noch zu vereinbarenden Form schleunigst Sorge tragen zu wollen.

Das tägliche Brot.

Bestandsaufnahme.

Der Präsident des Kriegsernährungsamtes von Watocki schreibt:

„In den fünf Wochen meiner bisherigen Amtstätigkeit sind mir neben vielen vernünftigen und praktischen Ansichten und Ratschlägen so viele unbedachte und unvernünftige Auffassungen über die Lebensmittelfrage entgegengetreten, daß ich es für nützlich halte, der Öffentlichkeit meine Ansichten und Absichten fortlaufend in einer Reihe kleiner Aufsätze zu unterbreiten.“

Heute will ich meine Meinung über die Frage der Bestandsaufnahme von Lebensmitteln aussprechen.

Selbst die mit großen Erwartungen begrüßte Bestandsaufnahme der Fleischwaren und der Fleischkonzerne in den Gewerbe- und Handelsbetrieben hat in ganz Deutschland zusammen nur ganz geringe Mengen ergeben, weil die Konzerne teils zum weit überwiegenden Teile für Herbezwecke verbraucht worden sind. Mit hiernach auch die Hoffnung, in den Privathaushalten durch eine Bestandsaufnahme große Mengen von Nahrungsmitteln für die Volksernährung flüssig zu machen, übertrieben, so hat der Vorstand des Kriegsernährungsamtes trotzdem die Vornahme einer solchen Aufnahme in Stadt und Land beschlossen unter Ausdehnung auf die Vorräte im Besitz der Kommunen und Bezirksvereinsvereinigungen. Die Bestandsaufnahme wird, um sie gründlich vorbereiten zu können, erst in mehreren Wochen erfolgen können. Sie soll dann später während der Kriegsdauer in angemessenen Zeiträumen wiederholt werden und damit alle bisher fehlenden Einzelbestandsüberhebungen entbehrlich machen. Ganz geringfügige Mengen der einzelnen Waren müssen, um überflüssiges Schreib- und Rechnungswesen zu vermeiden, von der Aufnahme selbstverständlich frei bleiben. Aber auch darüber hinaus wird nicht daran gedacht, die durch die Aufnahme festgestellten Mengen etwa alle fortzunehmen und zu verteilen. Dagegen werden sie bei der bevorstehenden genaueren Verteilung der neuen in den Verkehr gebrachten Vorräte angerechnet werden, damit diese Verteilung gerecht wird. Hat sich also jemand noch für mehrere Monate mit Vorräten eingebuddelt, so wird er diese ruhig behalten, gleichviel ob es Fleischwaren, Zucker oder sonstige Waren sind. Vorausgesetzt ist nur, daß keine sinnlose Hantierung, womöglich von verderblichen Waren und kein Verdrach vorliegt, daß mehr als für den eigenen Haushalt verständigerweise nötig, zu Spekulationszwecken aufgebäut ist.

Unberücksichtigte Leute haben hier und da erklärt, daß sie, wenn sich eine Bestandsaufnahme stattfindet, ihre Vorräte lieber schnell verbrauchen oder womöglich vergraben oder sonst beseitigen würden. Wer wirklich so handeln sollte, wird die Folgen davon zu spüren haben. . . .

Landwirtschaftskammer für höhere Roggen- und Kartoffelpreise.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer hat dem preussischen Landwirtschaftsminister Vorschläge über die Preisfestsetzung für Getreide aus der neuen Ernte unterbreitet. Nach Meinung der Landwirtschaftskammer führt die Differenz zwischen den Hafer- und Roggenpreisen zu einer Einschränkung der Roggenanbaufläche zugunsten des Hafers. Deshalb müßten die Roggenpreise entsprechend erhöht werden. Weiter seien im Verhältnis zu den Hafer- und Roggenpreisen die Kartoffelpreise zu niedrig! Die Landwirtschaftskammer macht den Vorschlag, zehn Zentner von der Kartoffelernte eines jeden Morgens zu einem bestimmten Höchstpreis, etwa 4,50 Mark, zur Deckung des Bedarfs der Städte zu beschlagahmen und den Rest dem freien Verkehr und zu unbeschränkten Preisen zu überlassen. Wer dann noch von den Städten mehr Kartoffeln braucht oder eine besondere Sorte haben wolle, könne den im freien Handel sich bilden den Preis, der etwa 1 M. über dem Höchstpreis liegen dürfte, bezahlen.

Widerstände in der Nahrungsmittelbeschaffung.

Der Reichstagsabgeordnete für Leipzig-Stadt Dr. Jund schreibt dem Leipz. Tagebl. (Abendausgabe vom 22. Juni):
„Heute ging bei mir das Telegramm eines preussischen Kartoffelhändlers ein, worin er mir mitteilt, der Rat der Stadt Leipzig habe einen größeren Posten Frühkartoffeln bei ihm bestellt, die Ernte sei im Gange, Lieferung jetzt möglich, er könne aber nicht liefern, da der Leiter der für ihn zuständigen Provinzial-Kartoffelstelle Widerstand leiste, er bitte um Unterstützung bei zuständigen Behörden.
Ich bin natürlich nicht in der Lage gewesen, die Wichtigkeit dieser mir telegraphisch gemachten Angaben nachzuweisen, habe es aber für meine Pflicht gehalten, sofort dem Räte der Stadt Leipzig Mitteilung zu machen. Es zeigt sich, mit welcher Schwierigkeit dort zu kämpfen ist. Außerdem habe ich selbstverständlich das Kriegsernährungsamt Berlin auch hierüber in Kenntnis gesetzt.“

Städtische Unterstützung für Ferkelaufzucht.

Das sächsische Ministerium hat durch Verordnung vom 2. Juni 1916 darauf hingewiesen, daß die außerordentliche Preissteigerung für Ferkel gegenwärtig viele kleine Mäster abhält, Schweine zu mästen, und den Kommunalverbänden deshalb empfohlen, die Aufstellung von Jungschweinen zur Mast nothfalls durch Vergabe von Vorkäufen anzuregen. Der Rat zu Dresden hat infolgedessen in seiner letzten Sitzung beschlossen, zur Förderung der Schweinezucht und zur Erlangung gemästeter Schweine für die Stadt den Fleischverorgungsausschuß zu ermächtigen, mit kleinen Mästern, auch solchen außerhalb Dresdens, Abkommen auf der Grundlage zu treffen, daß die Stadt bis zu 50 Prozent des Anschaffungswertes der Ferkel vorkaufweise gewährt, und daß sich die Mäster verpflichten, mindestens zwei Schweine aufzuziehen, wovon sie eines zu behalten berechtigt sind, die übrigen aber an die Stadt abzuliefern haben, wobei der Vorkauf auf den Kaufpreis berechnet wird. Der Rat zu Dresden hat nun hierzu die Summe von 400 000 M. zu Lasten der aus der Anleihe für Beschaffung von Fleischdauertwaren bereitgestellten Mittel bewilligt und weiter beschlossen, das sächsische Ministerium des Innern zu ersuchen, Maßnahmen gegen die übermäßige Steigerung der Ferkelpreise zu treffen.

Fleischausfuhr nach Wien.

Dem „Berl. Tagebl.“ wird aus Dresden gemeldet:
Nach Wiener Meldungen sind dort aus dem Dresdener Schlachter bereits über 500 000 Kilogramm Gefrierfleisch eingetroffen. Es handelt sich nicht um ein Lager der Stadt Dresden, sondern der Zentral-Einkaufs-Gesellschaft. Es ist unklar, ob es sich um Geereslieferungen oder um Kompensationslieferungen handelt, da man bei der großen Fleischnot in Deutschland wohl anders die Ausfuhr von mehr als einer halben Million Kilogramm Fleisch nicht erklären kann.

Spekulation auf hohe Obstpreise.

Bei der Verpachtung der Hartobst- und Pflaumenmengen an den Kreisstraßen wurden, wie aus Rötzen gemeldet wird, ganz außerordentlich hohe Preise erzielt. Für die in Frage kommenden 46 Straßenstrecken wurden insgesamt 18 095 M. gegen 4888 M. im Vorjahre vereinnahmt, also 13 787 M. mehr. Eine Steigerung der Pachten um fast 300 Prog. kann nicht allein auf die in Aussicht stehende gute Obsternte erklärt werden. Es wird vielmehr, wie wir bereits früher betonten, von den Pächtern darauf spekuliert, daß das Obst in diesem Jahre die Stelle anderer fehlender Lebensmittel ersetzen muß und daher starke Nachfrage danach besteht, die dann hohe Preise nach sich zieht. Wir fordern deshalb nachdrücklich die maßgebenden Stellen auf, bei den notwendig festzusetzenden Höchstpreisen für Obst keine Rücksicht auf die gezahlten außerordentlichen Pachtpreise zu nehmen.

Fleischverkauf durch die Gemeinde.

Die Gemeinde Hollerich bei Luxemburg verkauft, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, seit einigen Tagen unter Umgehung der gewerbmäßigen Metzger Fleisch in eigener Regie. Das Ergebnis ist eine bedeutende Verbilligung der Fleischwaren.

Zur Geschichte des Zentralorgans der Partei.

1.

In den letzten beiden Nummern der „Neuen Zeit“ gibt Genosse Karl Kautsky eine interessante Darstellung der Geschichte der verschiedenen Zentralorgane unserer Partei im Laufe der fünfzig Jahre ihres Bestehens. Wir können leider nicht ausführlicher auf seine Ausführungen, die zur Beurteilung unserer Parteigeschichte wertvolles Material liefern, eingehen und wollen hier nur wiederholen, was Genosse Kautsky über die Geschichte der Berliner Prekominmission und den gegenwärtigen „Vorwärts“-Konflikt zu sagen hat:

Das Werden der Berliner Prekominmission.

Die Sache wurde nicht vereinfacht dadurch, daß die Berliner Genossen es bald müde wurden, anderen Rechte zu sein als ihre Kameraden an anderen Orten, und Einfluß auf ihr Organ forderten, dessen ökonomische Träger doch sie allein waren. So ungenügend der Parteivorstand ihnen nachgab, so sehr er sich sträubte, den lokalen Charakter des Blattes immer mehr betont zu sehen, er konnte sich der Logik der Tatsachen auf die Dauer nicht verschließen.

Schon ein Jahr nach dem Halesener Parteitag, in Erfurt, beantragten die Genossen des ersten Berliner Wahlkreises, der „Vorwärts“ solle in zwei Teile zerlegt werden, einen zentralen, der unter der Kontrolle des Parteivorstandes bleibe, und einen lokalen, der dem Einfluß der Berliner Genossen unterworfen werde. In dieser Form wurde der Antrag von W e b e l bekämpft, der dafür folgendes Vorschlag:

Der Parteitag erklärt sich damit einverstanden, daß die Berliner Genossen eine Kommission von neun Mitgliedern wählen, die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand die Kontrolle des lokalen Teiles des „Vorwärts“ zu übernehmen haben. (Protokoll, S. 280.)

Der Antrag wurde angenommen und damit die Grundlage zur jetzigen Prekominmission gelegt, allerdings noch in sehr bescheidener Form. Sie genügte auf die Dauer nicht. Die Kommission erweiterte immer mehr ihr Tätigkeitsgebiet, unterstützte von den Berliner Genossen und unter schweigender Zustimmung des Vorstandes. Dieser Zustand zu sanftmütigen, wurde der Hamburger Parteitag 1897 aufgefördert. Fünf Berliner Wahlkreise brachten den Antrag ein:

Zur fortlaufenden Kontrolle des Zentralorgans in lokaler und finanzieller Beziehung wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Prekominmission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden der beteiligten Reichstagswahlkreise bestehen darf. Diese Prekominmission hat bei allen Dingen finanzieller Natur, bei allen Anstellungen in Redaktion und Expedition mit zu entscheiden.

Der Parteivorstand konnte sich noch nicht in diese Schmälerung seiner Befugnisse hineinfinden. Es gelang ihm, sich mit den Berliner Genossen auf folgenden Kompromißantrag zu einigen, der dann als § 17a des Organisationsstatuts angenommen wurde:

Zur Kontrolle der prinzipiellen und tatsächlichen Haltung des Zentralorgans sowie der Verwaltung desselben wählen die Parteigenossen Berlins und der Vororte eine Prekominmission, welche aus höchstens zwei Mitgliedern für jeden beteiligten Reichstagswahlkreis

bestehen darf. Einwände der Prekominmission sind dem Parteivorstand zur Erwägung zu unterbreiten. Von Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition ist der Prekominmission vor der Entscheidung Mitteilung zu machen und ihre Ansicht einzuholen.

Die Prekominmission blieb also eine bloß beratende und anregende Körperschaft. Allerdings war jetzt anerkannt, daß sie sich um das gesamte Zentralorgan, nicht bloß um seinen lokalen Teil zu kümmern habe. Doch blieb das eine Halbheit, die nicht befriedigte. Schon nach zwei Jahren, auf dem Kongress von Hannover 1899, verlangten die Berliner abermals, nicht bloß beratend, sondern entscheidend auf die Angelegenheiten des Zentralorgans, das ihr Lokalorgan ist, einwirken zu können. Adolf Hoffmann und Genossen beantragten, den Schluß des § 17a des Statuts folgendermaßen zu fassen:

Die Prekominmission entscheidet in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand über alle Angelegenheiten des Parteiorgans, insbesondere über Anstellungen und Entlassungen im Personal der Redaktion und Expedition. Ueber etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parteivorstand und der Prekominmission entscheiden die Kontrollen, der Parteivorstand und die Prekominmission in der Art zu gleichen Rechten, daß jedes dieser Organe je eine Stimme hat.

Der Antrag wurde von G r a b e hauptsächlich mit dem Hinweis darauf begründet, daß von den 53 000 Abonnenten, die der „Vorwärts“ damals hatte, 50 000 auf Berlin kämen und nur 3000 nach außen gingen. „Sie werden mir zugeben, daß wir da auch ein gewisses Recht auf Mitwirkung beim Zentralorgan haben.“

Diesmal widersprach der Parteivorstand nicht, der Antrag wurde angenommen und damit der Zustand geschaffen, der im wesentlichen bis heute besteht.

Dasselbe Jahr, in dem der Parteitag von Hannover stattfand, brachte das neue Vereinsgesetz, das sofort zu einer Umwandlung der Parteiorganisation Veranlassung gab. Schon 1900, auf dem Parteitag in Mainz, wurde eine neue Organisation beschlossen und damit auch die Frage des Verhältnisses der Rechte der Berliner Genossen gegenüber dem Parteivorstand, die aus der Eigenart des lokalen Zentralorgans hervorgeht, wieder aufs Tapet gebracht, jedoch keine Veränderung bringend.

Die beiden Paragraphen 17 und 17a des alten Statuts, die vom Zentralorgan handelten, wurden in das neue Statut unverändert hinübergenommen, zusammengefaßt zu dem § 18. Auer, der Referent über die Organisationsfrage, sagte darüber:

Der vom Zentralorgan handelnde § 18 ist eine Verschmelzung der früheren §§ 17 und 17a. Sachlich ist daran nichts geändert, es ist nur der im vorigen Jahre in Hannover angenommene Antrag in bezug auf die Erweiterung der Berliner Prekominmission berücksichtigt worden. Es ist kein Geheimnis, daß ich persönlich jenen Antrag durchaus abgelehnt war; ich habe von jeder den Standpunkt vertreten: der „Vorwärts“ ist Zentralorgan, solange die Berliner damit einverstanden sind. Aber in dem Moment, wo die Berliner dies Opfer der Gesamtpartei nicht mehr bringen, haben sie das Recht, das Blatt als ihr Lokalblatt zu betrachten. Die politische Bedeutung des „Vorwärts“ liegt darin, daß er am Ort des politischen Lebens erscheint, und er wird unter allen Umständen das politisch einflussreichste Blatt der Partei bleiben, gleichviel, ob er Zentralorgan ist oder nicht. Das Recht der Berliner, über ihr Blatt selbstständig zu verfügen, habe ich nicht bestritten. Früher war es bei uns Geseh, daß das Recht den Berlinern nicht zusteht, weil der „Vorwärts“ Zentralorgan ist. Daraus sind Differenzen entstanden, einzelne Genossen wollten dem geschriebenen Recht gegenüber ihr Naturrecht geltend machen. Ich aber als Bureauführer stellte mich auf den Boden des geschriebenen Rechtes. In Hannover hat man dann ein Kompromiß geschaffen, das, wie die meisten Kompromisse, nicht taugt. In der Praxis haben die Berliner jetzt erreicht, was sie wollten. (Protokoll, S. 140, 141.)

Auer hielt also den 1899 geschaffenen Zustand für genügend, die selbständige Einwirkung der Berliner auf ihr Organ zu sichern. Die Berliner selbst meinten jedoch nach Auer's eigenem Wort, daß ein Kompromiß nicht taugt, und strebten nach einer klareren Lösung: der Gedanke kam auf, der „unglücklichen Doppelnatur“ des „Vorwärts“ ein Ende zu machen, das Lokalorgan vom Zentralorgan gänzlich loszulösen. Gläubte der Vorstand, noch ein besonderes Zentralorgan, ein „Regierungsorgan“ zu brauchen, dann war die Partei reich genug geworden, ein solches zu erhalten.

Die Gelegenheit, einen Antrag in diesem Sinne zu stellen, bot der Parteitag zu Jena 1905, der abermals ein neues Organisationsstatut zu beraten hatte. In den Entwürfen der Kommission war der § 18, der vom Zentralorgan handelt, unverändert aus dem alten Statut herübergenommen, geteilt in zwei Paragraphen, 28 und 29. R ü n i Berliner Wahlkreise beantragten, diese Paragraphen einfach zu streichen und an deren Stelle zu setzen:

Die Bekanntmachungen des Parteivorstandes sind den offiziellen Parteiorganen zuzustellen, und diese sind verpflichtet, sie wortgetreu an hervortretender Stelle des redaktionellen Teiles zu veröffentlichen.

Damit wollte man den Grund beseitigen, der allein für die Notwendigkeit eines Zentralorgans noch festgesetzt war; denn diesem war im Statut keine andere Aufgabe zugewiesen als die Veröffentlichung der offiziellen Kundgebung der Partei. Nichts hätte mehr gehindert, den „Vorwärts“ nun zum ausschließlichen Organ der Berliner zu machen.

Vertreten wurde der Berliner Antrag von W e i s. Er sagte unter anderem:

Wir wollen ein eigenes Organ haben, in dem die Meinung der Berliner Genossen ihren unerschütterlichen Ausdruck findet. In den jüngsten Prekodesenten ist von verschiedenen Seiten betont worden, daß ein Zentralorgan überhaupt nicht notwendig sei. Es kann auch nicht abgestritten werden, daß ein Zentralorgan nicht mehr denselben Einfluß wie vor dreißig Jahren haben kann und seine Existenzfähigkeit nur deshalb findet, weil es Zentralorgan ist. Der Leipziger „Vorwärts“ ging zurück, sobald die Berliner und Hamburger Lokalorgane gegründet wurden, und gerade deshalb

*) Neben diesem Passus dürfte heute aus dem Referat noch jener interessieren, der von der Zugehörigkeit zur Partei handelt. Nach dem vorgelegten Entwurf sollte über die Zugehörigkeit zur Partei, wenn sie bei einem Mitglied bestritten sei, der Parteivorstand entscheiden. Dagegen wurde eingewendet, daß dies dem Parteivorstand zu viele Rechte und die Macht gäbe, eine ihm unbequeme Opposition aus der Partei auszuschließen. Auer verhönte diese Warnungen:

„Wir wollen doch nicht hoffen, daß einmal ein so schlechter Vorstand kommt, daß er diese Bestimmung mißbrauchen könnte. Was wurde nicht alles in Versammlungen und der Presse gesagt! Da hieß es, der Parteivorstand könnte einmal zunächst zwei seiner Mitglieder ausschließen (er bestand damals aus fünf Personen), dann schließt er aus der Kontrolle alle diejenigen aus, die ihm nicht fügsam sind, dann schließt er alle Delegierten des Parteitag aus, die ihm nicht genehm sind, und dann kommt die Diktatur, der Terrorismus und der Himmel weiß sonst was...“ Es gehört die ganze Unkenntnis vom Wesen der Partei dazu, eine solche Möglichkeit überhaupt anzunehmen. Was bliebe dann einem solchen Dreimännerkollegium überhaupt noch übrig? Ich möchte den Parteitag erleben, den diese drei Männer einberufen; da käme vielleicht Schillers Wort zur Geltung: Nehmet Holz vom Fichtenstamme, doch recht trocken laßt es sein.“ (Große Heiterkeit.)

Auer konnte sich einen Parteivorstand nicht vorstellen, der eines seiner Mitglieder aus seiner Mitte ausschloß oder einem Mitglied der Kontrollkommission die Zugehörigkeit zur Partei anerkannte. Jedes lebte er doch einen Vermittlungsversuch nicht ab, der den Ausschluß aus der Partei vom Schwere eines Schiedsgerichts abhängig machte. So wurde auch im Parteistatut bestimmt.

hat man ja dem jetzigen „Vorwärts“ seinen Doppelscharakter als Zentral- und Lokalorgan gegeben. Aber diese Doppelnatur führt eben zu unheilvollen Zuständen... Kein Beringer als Wilhelm Liebknecht war es, der 1898 in Stuttgart sagte, daß die Unzulänglichkeiten, die aus der „unglücklichen Doppelnatur“ des „Vorwärts“ hervorgingen, geradezu enorm wären... In diesen Worten ist die Hauptursache unseres Antrags bereits angegeben...
In gleichem Sinne wie W e i s sprach Heinrich Schulz, der unter anderem bemerkte:

Wenn die Polemiken durch den von uns unterstützten Berliner Antrag auch nicht beseitigt werden, so werden sie doch vermindert. Ueber den „Vorwärts“ ist wegen seiner Zwitterstellung auf allen möglichen Parteitagungen schon gellagt worden. Wenn der „Vorwärts“ ein Organ der Berliner Genossen ist, werden in der Tat die Polemiken an Schärfe verlieren, denn dann richten sich die Angriffe nur gegen das Berliner Organ, nicht mehr gegen das Zentralorgan, der Gesamtpartei. (S. 101.)

Nicht nur auf dem linken, auch auf dem rechten Flügel der Partei fanden sich Befürworter der „Degradierung“ des „Vorwärts“ zum bloßen Lokalorgan. Schon auf dem Mainzer Parteitag hatte S i d e l u m in der Debatte über die Parteiorganisation erklärt:

Es wird die beste Lösung sein, daß man das Zentralorgan überhaupt aufgibt und den Berlinern ihr Organ einfach überläßt, dann können sie und ihre Prekominmission natürlich auch mit der tatsächlichen und prinzipiellen Haltung des „Vorwärts“ zurecht kommen, was sie wollen, aber jedenfalls ist ihnen doch nicht eine Art Oberkontrollrecht über die Haltung des Zentralorgans der Partei eingeräumt. (Beifall.) (S. 148.)

Doch so radikal wie Sidelum dachten nicht alle Genossen. Der Partei ihr bisheriges Zentralorgan völlig zu nehmen, war ein so scharfer Bruch des Herkommens, daß nur zwingende Not die Mehrheit dazu hätte drängen können. Ein solcher Notstand existierte nicht, wie W e b e l darat, der sich entschieden gegen den Vorschlag wendete. Er führte aus, daß unter den gegebenen Bedingungen der bestehende Zustand ganz zufriedenstellend sei.

Zu diesen Bedingungen gehörte, daß der Vorstand bei Meinungsverschiedenheiten davon abließ, der Redaktion ihre Haltung vorzuschreiben:

Die Mehrheit des Parteivorstandes war (im Gegensatz zu den Berlinern) für die Beteiligung (an den preussischen Landtagswahlen), der Parteivorstand hat aber niemals den geringsten Versuch gemacht, die Stellungnahme des „Vorwärts“ in dieser Frage zu beeinflussen. Ebenjowenig wie in der Agrarfrage.

Zu diesen Bedingungen gehörte weiter, daß die Berliner Genossen in der Entscheidung über die Angelegenheiten des „Vorwärts“ mit dem Parteivorstand gleichberechtigt seien und in Streitfällen an die Kontrollkommission appellieren könnten.

Diese Regelung hat sich nach der Ansicht des Parteivorstandes und der Kontrollkommission ausgezeichnet bewährt. Die Berliner Genossen haben danach volle Anteilnahme an der Verwaltung des Blattes, an der Zusammenziehung der Redaktion und der Haltung des Blattes. In acht Jahren ist es zweimal zu Differenzen gekommen, die der Kontrollkommission unterbreitet wurden. Das einmahl handelte es sich um Anstellung eines Expeditionsbeamten... Das anderemahl um die Erhöhung eines Redaktionsgehältes. Beide Male entschied die Kontrollkommission gegen den Parteivorstand.

Was die technische Verwaltung des „Vorwärts“ anlangt, ist es mit Ausnahme des Falles, den ich eben angeführt habe, niemals zu Differenzen gekommen. Wir haben hier regelmäßig den Berlinern das Recht des Vorschlags überlassen und diese Vorschläge einfach akzeptiert, weil wir sagen, daß die Berliner die Verhältnisse in dieser Beziehung am besten kennen. In bezug auf die Haltung des „Vorwärts“ in tatsächlicher und prinzipieller Beziehung kann ich ebenfalls eine volle Harmonie zwischen den Berliner Parteigenossen und dem Vorstand konstatieren. (S. 186, 187.)

Wenn die Berliner mit dem „Vorwärts“ unzufrieden seien, sei das auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Redaktion, nicht auf Differenzen zwischen Prekominmission und Parteivorstand zurückzuführen.

Diese Darlegungen wirkten entscheidend. Es blieb bei dem alten Zustand, und man kann sagen, daß diese Regelung sich noch fast ein volles Jahrzehnt lang „ausgezeichnet bewährt“ hat.

Da kam der Krieg und letzte Verträge in die Bedingungen, unter denen diese ausgezeichnete Bewährung möglich geworden war.

Aus der Partei.

In eigener Sache.

Wir beachteten, in der Donnerstag-Knummer des „Vorwärts“ einen der Korrespondenz-Stamper entsetzlichen Artikel über: „Die Bedeutung der Vorgänge in Teltow-Beeskow“ zu veröffentlichen und im Anschluß daran unsere eigene Auffassung darzulegen. Der Zensor des Parteivorstandes wollte zwar den Stamper-Artikel zulassen, aber nicht unsere Entgegnung. Ebenso verhinderte er die Aufnahme einer Erklärung des neuemählten Kreisvorstandes für Teltow-Beeskow. Eine weitere Erklärung des Vorstandes für den Wahlverein Rietzfelde sollte nur nach Vornahme einiger Korrekturen passieren dürfen.

Schließlich verhinderte auch der Zensor des Parteivorstandes die Aufnahme einer Notiz, in der wir uns gegen die einseitige Stellungnahme der „Parteilokalkorrespondenz“ wandten.

In der Begründung, die für diesen wiederholten Eingriff in unsere Rechte gegeben wurde, heißt es u. a., daß unsere Ausführungen zu dem Stamper-Artikel „geeignet gewesen wären, jene Berliner Oppositionskreise zu fördern, die auf eine Parteigerüstung hinarbeiten.“ Weiter werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß es „einen alten“, aber keinen neuen Kreisvorstand für Teltow-Beeskow gibt“. Der sogenannte „alte“ Kreisvorstand bestesse noch zu Recht. Das Recht auf eine Kritik der „Parteilokalkorrespondenz“ wird uns wohl zugestanden, wir hätten dann aber auch die Pflicht, unseren Lesern den betreffenden Artikel zur Kenntnis zu bringen.

Wir geben den Parteigenossen hiermit Kenntnis von den Vorgängen, ohne uns in eine Auseinandersetzung mit dem Parteivorstand über unsere Pflichten einzulassen.

Ein Aufruf.

Wir werden vom Genossen Adolf Braun um Aufnahme folgenden Aufrufs ersucht:

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Die weltgeschichtliche Zeit, die wir durchleben, hat uns auf das tiefste erschüttert: Die ganze Menschheit, die Weltwirtschaft, alle Teile unseres Volkes, unsere Volkswirtschaft, ja jeden einzelnen von uns. Auch die Beziehungen der Völker, nicht zuletzt die internationale der Sozialdemokratie und unsere eigene Partei wurden durch den Krieg in schwere Mitleidenschaft gezogen.

Die nahe und ferne Zukunft werden uns lehren, was aus den Ruinen erwachen wird. Vieles, was uns früher unmöglich schien, wird sich als möglich erweisen, vieles, was uns leicht möglich schien, kann als undurchführbar erkannt werden. Das gilt auch für die Sozialdemokratie. Sie wird nicht unberührt bleiben von den Wirkungen des Weltkrieges, ob wir es wünschen oder uns dagegen verwahren. Unsere Partei ist auf's tiefste erschüttert; sie hat viel von ihrer inneren Zuversicht eingebüßt, sie war nicht genügend vorbereitet auf den Weltkrieg und hat auf das härteste unter ihm gelitten. Streit und Hader zerreißt die Sozialdemokratie; keines ihrer Mitglieder soll sich dabei frei von Fehlern fühlen. Jeder glaubt wohl das Beste für die Partei zu tun, doch nur zu oft wurde gegen anders Denkende und anders Fühlende in der Partei ein Lebermaß von Kraft verschwendet. In Gewaltigem sind wir vorübergegangen und an Kleinem haben wir gespart.

Zustieße muß uns alle betrüben der Zustand der Partei. Wir empfinden als den schwersten Verlust der Arbeiterklasse, daß der Krieg die Partei in ihren Grundfesten erschüttert und ihren Zusammenhang gelockert hat, daß er das Vertrauen der einzelnen Genossen und Genossinnen zu den anderen Genossen und zu ihrer Gesamtheit gemindert, daß er die Macht der Organisation geschwächt hat.

Je mehr wir an der Partei hängen, je mehr unser Leben und Streben, unser Wollen und Zielen mit der Sozialdemokratie unzerreißbar verbunden ist, desto mehr erfüllt uns das Streben, die alte Geschlossenheit der Partei, die Kameradschaftlichkeit im gegenseitigen Verkehr und das Vertrauen zur Partei und zu uns selbst wieder herzustellen. Wir erwarten die Unterstützung aller Parteigenossen; wir rechnen mit der Einsicht derer, die nun aufzubauen streben und das Werk der Parteierneuerung hemmen wollen. Es ist jetzt nicht die Zeit und es gibt dringlichere Aufgaben als die Verantwortlichkeiten festzustellen. Keine höhere Pflicht und keine größere Aufgabe kennen wir, als die ganze Kraft der Arbeiterbewegung von neuem zusammenzufassen und sie zusammenwirken zu lassen, im Interesse des Proletariats. Emsigste Arbeit aller erfordert die Aufgaben, die sich in überreicher Fülle infolge der Erschütterung unseres Wirtschaftslebens durch den Krieg für die Arbeiterklasse ergeben haben.

Niemals war es wichtiger, die Arbeiterorganisationen, zu deren Aufbau ein halbes Jahrhundert nötig war, fortzuführen und die zusammengefaßte Macht von mehr als 4 Millionen Wählern vor einem Auseinanderweichen zu bewahren, Stärke und Ansehen der Partei zu erhalten und der Sektiererei in unseren Reihen keinen Raum zu gewähren. Dabei wird es gelten, festzuhalten an den überkommenen wissenschaftlichen Kenntnissen und politischen Zielen, die sich im Wirken unserer Partei so glänzend bewährt, aber auch auszunutzen, was dieser Krieg die Arbeiterbewegung lehrte und lehrt wird.

Die Fülle der Aufgaben ist gewaltig, die uns Gegenwart und nahe Zukunft stellt. Alle Kraft, aller Geist, aller Wille im Proletariat muß diesen Aufgaben gewidmet sein. Deshalb rufen wir auf zu einheitlicher Arbeit, zu geschlossenem Auftreten und festem Zusammenwirken überall dort, wo die Interessen des Proletariats es erfordern. Wir wollen nicht in den Vordergrund drängen, was uns hemmt, wollen den guten Willen der Andersdenkenden nicht angezweifeln, wollen nicht an Auseinandersetzungen über das Vergangene die Gelegenheit verpassen, wo es gilt, mit einiger Kraft einzugreifen und Gutes zu wirken.

Wir rufen deshalb auf zur Einheit, zur Geschlossenheit zum treuen und festen Zusammenwirken. Wir wollen vergessen oder in den Hintergrund drängen, was uns getrennt hat, nicht streiten um das, was uns entzweit hat, wir wollen nicht Rechenschaft fordern und den guten Willen der Andersdenkenden nicht in Zweifel ziehen. In Erkenntnis des Ernstes der harten Parteikonflikte fordern wir alle Parteigenossen auf, einig und geschlossen zusammenzutreten. Jeder einzelne und alle zusammen sollen diese Voraussetzungen proletarischer Wirksamkeit herbeiführen. Nur so können wir mit neuen Hoffnungen und gestärkter Zuversicht für den Aufstieg des Proletariats in die Zukunft blicken.

Auf ruhigere Zeiten sei der Streit vertagt über so manches, was als Gegenstand in den Anschauungen nicht gleich beseitigt werden kann. Man trage Rechnung den ungewöhnlichen Verhältnissen dieser Zeit, wo eine Einigung nicht sofort zu erzielen ist. Man stehe um so fester zusammen, wo ein gemeinsames Auftreten möglich und mit den grundsätzlichen Anschauungen aller vereinbar ist.

Man lasse nicht in verbittertem Haber über das Trennende und in völliger Auseinandergehen die vielen und so wichtigen Möglichkeiten auch weiterer gemeinsamer, wertvoller Arbeit aus dem Auge. Die volle Kraft der Partei, die ganze Macht ihrer Polemik soll nicht im Parteistreite verschwendet werden. Gegen die politischen und wirtschaftlichen Gegner der Arbeiterklasse ist sie anzuwenden.

Die Einstellung des Streites in den Zeitungen und Organisationen, wie in den Fraktionen wird auf Grund dieser Erkenntnis nicht all zu schwer sein. Es wird möglich werden, sich über Richtlinien zu verständigen, die alle billigen können, Richtlinien für eine künftige, geschlossene, erfolgreiche Aktion der Partei im wahren Interesse des arbeitenden Volkes.

Reiche jeder Genosse und jede Genossin den anderen die Friedenshand! Wirken wir alle gemeinsam für den Aufstieg der Arbeiterklasse, für die Annäherung an die hohen Ziele, die wir uns gesetzt haben.

Saudert, A., Weimar. Behner, Georg, Köln. Braun, Adolf, Nürnberg. Dirschel, Mich., Jülich. Erdmann, Dr., August, Köln. Feldmann, Franz, Oberlangendielan. Haberland, Karl, Ebersfeld. Hasenzahl, Ludwig, Eibach. Heumann, Hugo, Berlin. Hierl, Mich., Schwabach. Hirsch, Paul, Charlottenburg. Hoffmann, Johannes, Kaiserlautern. Hofmann, Artur, Saalfeld. Hoppe, Martha, Berlin. Hue, Otto, Wodum. Hübsch, Karl, Berlin. Kleemann, Ernst, Berlin. Klingler, Karl, Berlin. Köhler, Karl, Berlin. Koyke, Franz, Berlin. Kräpzig, Hermann, Berlin. Kreuzer, Hubert, Berlin. Limberg, H., Effen. Löbe, Paul, Breslau. Lütich, Aug., Leipzig. Meersfeld, J., Köln. Regische, A., Alenburg. Respital, Robert, Kostof. Niebuhr, Otto, Ebersfeld. Bloog, W., Leipzig. Prillwitz, Wilh., Berlin. Rauter, Gustav, Alenburg. Reichelt, Albin, Berlin. Rothhaupt, Albert, Augsburg. Sabath, Gustav, Berlin. Sacke, Hermann, Wodum. Schneider, Heinrich, Hannover. Schneider, Joh., Charlottenburg. Schrader, Karl, Berlin. Segis, Martin, Rürth. Sellmann, Wilh., Köln. Spiegel, Karl, Düsseldorf. Starosson, Franz, Kostof. Thiele, Adolf, Halle a. S. Urtz, Karl, Offenbach. Vogel, Hans, Jülich. Wagener, Paul, Berlin. Weigmann, A., Freiburg i. B. Wilmann, Georg, Wodum. Wittmaad, Ernst, Magdeburg. Zehms, Otto, Berlin. Zernide, Emil, Berlin.

Die Wahlmacht zu den Vorstandswahlen in Berlin.
Genosse Wels legt Wert darauf, daß die folgenden Zeilen unverfälscht zur Kenntnis der Leser kommen:

Die „grundtätliche“ Aufklärung, die seit über einem Jahre unter den Berliner Parteigenossen verbreitet wurde, begann in den letzten Tagen gelegentlich der Wahlen zu den Vorständen der Kreisvereine ihre Früchte in Volkreife zu zeigen. Vielfach wurde jeder Versuch zur Aussprache durch „Uebergang zur Tagesordnung“ von vornherein verhindert. Sie war auch nicht notwendig, denn die Sonderorganisationen der Opposition waren mit ihrer Vorarbeit fertig. — Aber die Parteigenossen im Reich haben ein Interesse daran, zu erfahren, wie diese aussieht. Nachdem im vierten Berliner Wahlkreis, dessen Statut Urwahlen für den Vorstand vorseht, dies selbstherrlich außer Kraft gesetzt und die Konferenz der Kreisfunktionäre den Mitgliedern diese Last statutarischer Pflichten und demokratischen Rechts abgenommen hatte, haben nun auch in den übrigen Kreisen die Vorstandswahlen ihren „programmatischen“ Verlauf genommen. Je nach der dominierenden Oppositionsrichtung nahm man auch schon zu den Wahlen des Verbandsvorstandes von Groß-Berlin und des Mitgliedes des Parteiausschusses Stellung. Ueber alle Kremler ist eine Verständigung unter den Richtungen der Opposition erfolgt. Nur bei der Wahl zum Parteiausschuß messen sie ihre Kräfte. Die Rosa Luxemburg, für „Spartacus“! Die Stadthagen, für Ledebour-Hoffmann! ist die Parole. In den Wahlkreisversammlungen mit gemischter Opposition wurde dieser Kampf vermieden, hier gab man den Delegierten die Abstimmung frei.

Welch eifrige Vorarbeit zu diesen Vorstandswahlen geleistet wurde, welches Maß von Aufkenntnis der politischen Dinge man bei den Wählern voraussetzte und dank der demagogischen, monatelangen Verleumdungskampagne der Opposition durch anonyme Schmähschriften und Sonderkonventionen, wie der Erfolg zeigt, mit Recht voraussetzen konnte, zeigt folgendes Verzeichnis der Richtung Ledebour-Hoffmann im 5. Berliner Reichstagswahlkreis, das zur Wahl auffordert und sagt:

„Es ist dringende Pflicht jeder Genossin und jedes Genossen, zu dieser Versammlung zu erscheinen, um durch die Abstimmung

zu bekräftigen, welche Politik — ob die der Mehrheit der Fraktion: Bewilligung aller von der Regierung geforderten Mittel zur Verfolgung ihrer Eroberungspolitik und damit ein Krieg ohne Ende,

oder die der Minderheit, das heißt, die der Arbeitsgemeinschaft, die auf entgegengegesetztem Standpunkt ihre Politik betreibt und für schnellsten Frieden ohne jede Annexionen und sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes — Unterstützung finden soll.

Wer auf Seiten der Minderheit steht, dem empfehlen wir die Wahl der von der Opposition im Kreise vorgelegenen Genossen, welche in unterstehender Liste aufgeführt sind.

Mitgliedsbuch ist mitzubringen.
J. A.: Die Freunde der Opposition im Kreise.“

Es folgt dem die Vorschlagsliste der Opposition.

So im ganzen Deutschen Reich, unter der Aufsicht der welchen Parteiblattes, wäre es möglich gewesen, in einer so durch und durch unwarharen Weise die Politik der Mehrheit und der Minderheit zu stigmatisieren! Nur in Berlin konnte man es noch am 20. Juni 1916 wagen, von der „Bewilligung aller von der Regierung geforderten Mittel“ zu reden, nachdem am 8. Juni, unter schärfster Kritik der von der Regierung gemachten Vordruckvorlage der Reichstages der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion abgelehnt worden ist. Wie ist es noch möglich, daß die Behauptung Gläubige sucht und findet, die Mehrheit unterstütze eine „Eroberungspolitik und einen Krieg ohne Ende“? Jeder Leiter der objektiv unterrichtenden Parteipresse weiß, daß das unwarh ist, daß ein Blick in die Verhandlungen des Reichstages das Gegenteil beweist.

Wo ist der Parteivorstand, wo man die Behauptung aufstellen darf, ohne sofort der Lüge überführt zu werden, daß die Politik der Mehrheit in der Absicht des „Gegenjahres zu einem schnellen Frieden ohne Annexionen“ geführt wird, und wem könnte man einreden, daß der Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit darin besteht, daß „die Minderheit die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes verlangt“. Welche Fraktion hat denn im Reichstages die dabingehenden Anträge zuerst gestellt, wenn nicht die sozialdemokratische Reichstagsfraktion!

Es ist beschämend, das Urteil der Genossen so getrübt zu sehen, daß derart handgreifliche Unwahrheiten geglaubt werden und ihren Zweck erfüllen. Es zeigt aber auch den Grad der Verbeugung, der erreicht ist und die Schwierigkeiten, die einer ruhigen Beobachtung und der Schaffung gesunder Zustände im Wege stehen.

Zu dieser „geitigen Vorarbeit“ liefert die „praktische“ Werbearbeit für die Kandidaten der Opposition bei der Urwahl im zweiten Berliner Wahlkreis ein passendes Gegenstück. Hatte man nicht das genügende Vertrauen zur Werbearbeit des Kandidaten oder hegte man Zweifel an der Intelligenz der Wähler? — Jedenfalls machte man ihnen das Wahl der Opposition zu einem Kinderbrei, der „mit dem Löffel zu essen ist“, um den „bewährten Kandidaten der Opposition“ ja jede Stimme zu sichern.

Der folgende Agitationszettel zeigt, wie man hier „informiert“, um die richtige Streichung zu erzielen.

1. Vors. **Schröder Jacobowski**
2. **Lohse**
1. Schriftf. **Budzinski, Raatman**
2. **Partz, Gildner**
1. Kass. **Schulda**
2. **Sozylinski**
- Revisoren: **Nguling, Höhn, Moses, Frantman**
- Beisitzer: **Wurm, Schrader**
- Preskon: **Kröger, Schärer, Kops**
- Lokalkon: **Schwehn Assmann**
- Schiedsgerkon: **Ewald, Jantek**
- Revisor v. Gr. Bln. **Jacobowski Schulda**

Dabei passierte es einem der Oppositionsagitatoren, daß er sich in seiner Sorge, die Partei vor Schaden zu bewahren, auch an den Genossen Raatman wandte, der mit seiner Frau zur Wahl kam und ihn dringlichst ermahnte, die Partei wie Schröder, Raatman usw. zu streichen. Auf die Frage, ob er ihn, Raatman, denn nicht leune, antwortete er mit „Nein“. Daraufhin erfolgte dann die notwendige Vorstellung. Es ist sehr charakteristisch für die Verhältnisse in Berlin, daß Personen jetzt so rühlig in Parteirechtung tätig sind, die wie hier, einen Mann nicht kennen, der vierzehn Jahre hintereinander als erster Schriftführer, vorher als Vorsitzender und Kreisvertrauensmann, also seit zwanzig und mehr Jahren, in jeder Versammlung des Wahlvereins am Vorstandstisch, jedem Genossen sichtbar, im Dienste der Partei stand, und ihm die Belehrung widmen, daß es die höchste Zeit sei, daß er sich „abfage“.

Aus den Organisationen.

Die Generalversammlung für den Wahlkreis Würzburg beschloß einstimmig folgende Resolution:

Die Generalversammlung für den Wahlkreis Würzburg erklärt, daß ihr die Einheit der Partei als das für die Zwecke der gesamten Arbeiterbewegung Notwendigste erscheint, und verspricht, mit allen Kräften für sie zu wirken.

Gleichzeitig erklärt sie aber, daß sie die grundsätzliche Geschlossenheit und den Kampfscharakter der Partei für ein ebenso hohes Gut hält, wie die organisatorische Einheit der Partei. Nur in diesem Sinne stimmt die Generalversammlung der auf der Landeskonferenz in Nürnberg gefassten Resolution zu.“

Berichtigung. In unserem Bericht über die Generalversammlung des dritten Wahlkreises sind einige Namen irrtümlicherweise falsch wiedergegeben. Als 2. Vorsitzender wurde nicht Genosse Pschirchow, sondern Genosse Tschickert gewählt. In die Zeitungskommission wurde nicht Frau Mittag, sondern Genosse Mittag gewählt. Weiter ging aus der Wahl für die Zeitungskommission als viertes Mitglied auch der Genosse Simonohn hervor. Weiter wurde als Revisor für Groß-Berlin an Stelle des Genossen Alexander Fröhlich der Genosse Vorchardt vorgeschlagen.

Jugendbewegung.

Die Entmündigung der jungen Arbeiterschaft.

Die Handelskammer Kottweil hat einen Schritt unternommen, der für die Arbeiterschaft eine große Gefahr bedeutet, und der die Gewerkschaften zum Protest herausfordern sollte. Die Handelskammer hat der Zentralstelle für Handel und Gewerbe folgenden Vorschlag unterbreitet:

„An den Industrieplätzen sind Lohnstellen für Minderjährige“ als Gemeindeeinrichtung zu schaffen oder an eine geeignete Gemeindebehörde (Arbeitsamt, Ortspolizei, Gemeindefarasse oder dergleichen) anzuschließen, an welche alle von (männlichen und weiblichen) Minderjährigen bis zum Alter von 19 Jahren verdienenden Löhne durch die Arbeitgeber abgeführt werden und von dort abgehoben sind.

Die Gemeindebehörde (Gemeinderat oder ein besonderer Ausschuß) bestimmt auf Grund ihrer Beurteilung der persönlichen und Familienverhältnisse des einzelnen minderjährigen Lohnarbeiters seine Einreihung in die verschiedenen Listen der Lohnstelle für die Ausbezahlung bzw. Anlage des verdienten Lohnes:

Liste A. Ganger Lohn an das Minderjährige. Liste B. Ortslohn an das Minderjährige, Ueberschuß a) an die Eltern oder Vormünder, b) an eine öffentliche Sparkasse. Liste C. Ortslohn an die Eltern oder Vormünder, Ueberschuß an das Minderjährige. Liste D. Ganger Lohn an die Eltern oder Vormünder. Liste E. Kost- und Unterhaltungskostenabgabe an Kost- und Unterhaltreicher (event. Taschengeld) an das Minderjährige, Rest an öffentliche Sparkasse.

Es sind nähere Bestimmungen zu treffen über Ermächtigung zur Erhebung der Löhne bei der Lohnstelle, des Zinses und der Rücklagen bei der Sparkasse, über Zeitabschnitt und Zeitpunkt der Abführung der Löhne durch die Arbeitgeber an die Lohnstelle und Abholung der Löhne bei dieser, sowie über die Ueberschussweisung nicht oder nicht rechtzeitig erhobener Löhne an die Sparkasse.

Nach diesem Vorschlage braucht also der Unternehmer den Lohn nicht mehr an den einzelnen Arbeiter auszusahlen, sondern kann den Lohn seiner sämtlichen Arbeiter einer Stelle überfenden, die den Lohnbetrag auf die Sparkasse, die Eltern und Jugendlichen verteilt. Der Unternehmer spart also viel Zeit und Geld — aber auf Kosten der Arbeiter, für die die Abholung des Lohnes von der Lohnstelle einen großen Zeitverlust und einen Aufwand an Kraft bedeutet, was einer Verlängerung unbezahlter Arbeitszeit gleichzuwerten ist. Einer solchen Zumutung sollten die Gewerkschaften energisch entgegenreten.

Den hier neuerdings empfohlenen Sparzwang für junge Arbeiter und Arbeiterinnen können wir kritisch übergehen, nachdem die mit ihm gemachten Erfahrungen hinlänglich bewiesen haben, daß er nicht nur für die von ihm betroffenen Arbeiter, sondern auch im allgemeinen mehr schadet als nützt.

Berichtszeitung.

Die Ungültigkeit der Versammlungsverordnung des Oberkommandos

Vom 8. November 1915 ist gestern (Freitag) auch vom Kammergericht ausgeprochen worden. Die Versammlungsverordnung des Oberkommandos in den Marken vom 8. November 1915, die am 19. März 1916 durch eine andere ersetzt wurde, hatte bekanntlich unter Androhung „von Geldstrafen bis zu 100 Mark“, eventuell Haft, die Bestimmung getroffen, daß auch Mitgliederversammlungen politischer Vereine anzumelden seien. Wegen Uebertretung jener Vorschrift war Genosse Redakteur Leid als Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins im 6. Berliner Reichstagswahlkreis mit einem Strafbesehl über 10 Mark bedacht worden. Das Schöffengericht und das Landgericht sprachen dann Leid nach dem Antrage seines Anwalts Hugo Haase frei, indem sie in Uebereinstimmung mit dem Anwalt die Verordnung vom 8. November 1915 für ungültig erachteten. Die Gründe gingen im wesentlichen dahin:

Der Inhalt der Verordnung lasse erkennen, daß sie auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes im Interesse der öffentlichen Sicherheit ergangen sei. Dann hätte sie nur die im § 9b vorgesehenen Strafen androhen dürfen. Mit der Androhung von Geldstrafen bis zu 100 M. verstöße sie dagegen. Deshalb sei die ganze Verordnung ungültig. Sie würde aber auch ungültig sein, wenn sie auf Grund des § 4 des Belagerungsgesetzes ergangen wäre, wonach mit der Bekanntmachung der Erklärung des Belagerungsgesetzes die vollziehende Gewalt an die Militärbehörden übergehe. Denn dann hätte das Oberkommando, dessen Machtbereich nur die Mark Brandenburg und Berlin seien, mit der Strafandrohung nicht über die entsprechenden Befugnisse des Oberpräsidenten hinausgehen dürfen, also nicht über eine Strafandrohung von 60 M. Auch dagegen verstöße die Verordnung.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein. Der Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft am Kammergericht vertrat in der geitrigen Verhandlung vor dem Strafenat dieses Gerichts folgenden Standpunkt:

Die Verordnung sei auf Grund des § 4 des Belagerungsgesetzes ergangen. Für diese Annahme sei entscheidend eine ausdrückliche Mitteilung des Oberkommandos, daß die Verordnung auf dem § 4 gestützt worden sei. Für eine solche Verordnung sei aber nicht, wie das Landgericht annehme, die Strafandrohung gezogen, die für den Oberpräsidenten maßgebend sei, sondern es komme die Strafandrohung des Ministers in Frage. Und mit der siehe die Strafandrohung von 100 M. im Einklang. Aus diesen Gründen sei die Verordnung gültig.

Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft mit folgender Begründung:

Nach dem Wortlaut der Bekanntmachung des Oberkommandos vom 8. November 1915 sei kein Zweifel, daß sie sich anschließe an diejenigen Anordnungen, die der Militärbehörden gleich nach Kriegsbeginn erlassen habe. In jenen beiden Anordnungen seien Strafandrohungen überhaupt nicht enthalten gewesen. Es könne nach ihrer ganzen Fassung nicht dem mindesten Zweifel unterliegen, daß jene früheren Verordnungen auf Grund des § 9b ergangen seien. Wenn nun in der Verordnung vom 8. November 1915 gesagt worden sei, es werde an die alten Verordnungen erinnert und sie würden dahin erweitert, daß von nun an auch die geschlossenen Versammlungen politischer Vereine der Anmeldepflicht unterworfen seien, so sei der engste Zusammenhang dieser neuen Verordnung mit den früheren Verordnungen ersichtlich. Daraus ergebe sich, daß auch die Verordnung vom 8. November 1915 ihre Grundlage im § 9b habe. Wenn jetzt im Oberkommando der Marken eine andere Meinung herrschen sollte, so könne sie nur auf Irrtum beruhen. Eine auf Grund des § 9b ergangene Anordnung könne aber keine anderen Strafen androhen, wie sie § 9b enthalte. Die Androhung von Geldstrafen bis zu 100 M. sei nicht dem § 9b entsprechend und führe zur Ungültigkeit der Verordnung.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise

hatte gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Großhändler mit Altmitteln, Metallabfällen und Metallsachen, Kaufmann Nathan Goldschmidt, zu verhandeln. Der Angeklagte wurde durch die Beweisnahme überführt, in zwei Fällen die festgesetzten Höchstpreise überschritten zu haben. Der Staatsanwalt beantragte 9 Monate Gefängnis. Der Gerichtshof war jedoch mit Justizrat Broncker der Meinung, daß der Strafantrag in diesem Falle der Verletzung des Angeklagten nicht entspreche und erkannte auf 600 Mark Geldstrafe.

Eingegangene Druckschriften.

Krieg und Verkehr. Von Professor Dr. Kunze. Heft 10 von „Krieg und Volkswirtschaft“. Preis 1 M. Verlag L. Simon Nachf., Berlin W 57.

Volksharakter und Kriegspolitik in Frankreich, Rußland, England. Von R. B. Horn. Preis 1,50 M. Verlag C. A. Schwetschke u. Sohn, Berlin W 57.

Notre Dame de Paris. Roman von Victor Hugo. — **Sigmund Freud.** Von Dr. J. Chr. Grimmelshausen. — Jeder Band geb. 3 M. Insel-Verlag, Leipzig.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 12. Heft vom 2. Band des 34. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Zur Geschichte des Zentralorgans der Partei. Von R. Kautsky. (Schluß). — Der Zentralrat. Von J. Schneider. — Entzweiung und Ansichten der Betriebsleitung. Von Specktor. (Schluß). — Literarische Rundschau: Bischof v. Kaulbar, Bassen des Reiches. Von Erdmann. Dr. Joseph Gumpel, Vergangenheit und Zukunft der Sozialwissenschaft. Von C. Rauter. Inhs., Woina i gormanskaja Social-Demokratiya (Der Krieg und die deutsche Sozialdemokratie). Von G. Tschky. Karl Peters,

Aus Groß-Berlin.

In der Kleiderstelle des Nationalen Frauendienstes.

Der Krieg lastet mit furchtbarem Druck auf den mittel-losen Volksschichten. Alle Bedarfsartikel sind unerhör-lich im Preise gestiegen. Viele Familien müssen seit Jahr und Tag den Ernährer entbehren, der im Felde steht, anderen ist er durch den Tod usw. entzogen. Die ganze Schwere der Existenzsorgen liegt auf den Schultern der Frauen und Mütter. Hier helfend und lindernd einzugreifen erfordert das Interesse des Volkes. Eine ganze Reihe von Vereinen und Institutionen haben sich aufgetan, um die öffentliche Hilfe durch private zu ergänzen. Zu ihnen gehört auch der Nationale Frauendienst, welcher den 23 Unterstützungskommissionen der Stadt angegliedert ist und dem städtische und private Mittel zur Verfügung gestellt sind; Mittel, die immerhin recht ansehnlich, die aber bei der Fülle der zu lindernden Not doch recht unzulänglich sind und deshalb zu mancher Abweisung führen, die bei reichlicheren Mitteln geringer sein würden.

Einen sehr wichtigen Teil dieser Arbeit bildet die Ver-sorgung der Kermis mit Kleidern und Schuhwerk. Die Kleiderstelle befindet sich im Osten der Stadt, in einem stattlichen Gebäude, wo einige große Räume vom Magistrat bereitgestellt und eingerichtet sind.

Hierher kommen die Bedürftigen mit einem Schein von der zuständigen Hilfskommission, nachdem man über die Be-treffenden Recherchen eingeholt hat.

In langen Reihen von Ständern hängen Kleidungsstücke aller Art und harren ihrer Verwertung. Meist sind es Sachen, die bemittelte Kreise gespendet haben. Kostüme, Blusen, Um-hänge, Mäntel, Wolljacks usw. für Frauen und Kinder, für Männer seltener. Die Kleider werden, soweit wie es no-twendig ist, ausgebessert und hergerichtet, und eine Schneiderin arbeitet ununterbrochen in den Räumen der Kleider-beschaffungsstelle. Aber nicht nur gebrauchte Sachen, die durch-weg in gutem Zustande sind, sondern auch neue Bekleidungs-stücke sind in reichlicher Anzahl hergestellt worden, um den dringendsten Bedürfnissen entgegenzukommen.

Neben der Schneiderin ist noch ein Schuhmacher vor-handen — übrigens die einzigen bezahlten Kräfte in der Kleiderstelle, die andere Tätigkeit wird von freiwilligen Helfe-rinnen ausgeübt — der für Schuhzeug zu sorgen hat. Die geschenkten, gebrauchten Schuhe werden besohlt und neu her-gerichtet. Bis jetzt hat der Verein das Leder geschenkt er-halten, nun aber geht es damit zur Neige. Außerdem werden die Schuhe der Bedürftigen repariert. Sie erhalten für diese Zeit Ersatzschuhe, die beim Empfang der eigenen wieder ab-geliefert werden. Es werden täglich etwa 100 bis 120 Frauen mit Kindern (zuweilen 3—4 oder mehr Kindern) abgefertigt.

An bestimmten Tagen vormittags von 10 bis 12 Uhr vollzieht sich diese Tätigkeit, da haben die Damen unter der Leitung der Frau Justizrat Cassel vollauf zu tun, um allen Wünschen gerecht zu werden. Da wird angepaßt und geprobt und aus- und angezogen, bis es sitzt und der Schlingling neu eingepuppt ist. Einblicke in die Tiefe des Lebens gewähren diese Szenen, oft gilt auch hier das Dichtertwort: „Der Menschheit ganzer Jammer sagt mich an...“ So, wenn eine arme Frau mit einem oder zwei Kindern und zwei Zetteln kommt und gefragt wird, wieviel Kinder sie habe und die Antwort lautet: Sieben.

Oder wenn eine Frau ausdrücklich um ein dunkles Jackett bittet und auf die Frage, warum es gerade ein dunkles sein müsse antwortet, ihr Mann sei im Felde, da könne man nicht wissen, was komme, und so wäre es immer-gut, wenn sie schon etwas Dunkles anzuziehen hätte, laufen könnte sie sich in einem solchen Falle ja doch nichts. Hier sitzt eine Frau und paßt ein Paar funkelneue Schuhe an. Sie möchte sie gern behalten, aber die Füße scheinen dagegen zu rebellieren. Wehmütig zieht sie sie wieder aus und sucht nach einer anderen Nummer. Da kleidet eine Dame ein kleines Mädchen ein, dort eine andere einen Jungen, der sich freut wie ein Schneekönig. Da sitzt ein Mädchen und schneidet Gesichter. Die neuen Schuhe drücken.

„Dann andere aussuchen,“ sagt die Dame, „nur keine Schuhe nehmen, die drücken.“ Bald sind die richtigen ge-funden. Nun ist die Freude groß. Er will an einem Schüler-ausflug teilnehmen, jetzt hat er Stiefel und kann mitmachen. „Nun denken Sie mal nächstens an sich selbst,“ meint die freundliche Verkäuferin zu der Mutter des Knaben, die auch dringend neuer Schuhe bedarf.

So geht es ununterbrochen. Der Schuhmacher klopft, die Schneiderin näht, die Damen proben und passen an und auf den Gesichtern der Ausstaffierten liegt ein freudiger Schimmer. Die einen gehen, die anderen kommen, an Kund-schaft fehlt es nicht. Endlich mal eine Dase der Selbstlosig-keit und Gemeinnützigkeit, in einer Zeit, wo so oft mit Recht über Raffgier und herzlosen Wucher gellagt wird. Leider fliehen die Skandale, durch die die segensreiche Einrichtung gespeist wird, allmählich schwächer und schwächer, eine Erscheinung, die im umgekehrten Verhältnis zur wachsenden Not der ärmeren Schichten steht. Noch ist es Sommer, bald aber wird der Herbst seine Vorboten senden und daran erinnern, daß wir für den kommenden Winter sorgen müssen. Neben Nahrungs-mitteln zählen Kleider und Schuhe zu den dringendsten Be-dürfnissen.

Goffen wir, daß alles getan wird, um auf diesem Ge-biete durchgreifende Hilfe zu schaffen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Die anerkanntswürdige Arbeit, die hier ge-leistet wird, zeigt es. Ihr Wirken ist von vielen Erfolgen ge-trönt. Und der Erfolg ist der schönste Lohn!

Die neue Fleischkarte.

Am Montag tritt die neue Fleischkarte in Kraft, wodurch die verschiedenartige Regelung des Fleischbezuges in den ein-zelnen Gemeinden fortfallen wird. Besonders wichtig ist, daß die Freizügigkeit der Fleischkarte in den Gastwirtschaften Groß-Berlins gewährleistet wird. Die hauptsächlichste Änderung gegenüber der jetzt geltenden Berliner Karte besteht darin, daß für jede Woche fünf Abschnitte vorgesehen sind, von denen zwei noch einmal untergeteilt sind, so daß also beim Fleisch auch kleinere Einkäufe (bis zu ein Zehntel der Wochenmenge) gemacht werden können. Auch in den Gastwirt-

schaften werden die kleineren Abschnitte bei manchen Gerichten wertvoll sein.

Vorarbeiten für die Volksspeisung.

Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, für die Ausführung der baulichen Anlagen und ihre Ein-richtungen für die Zwecke der Volksspeisung bei der Stadtverordnetenversammlung einen Betrag von 2 Millionen Mark anzufordern.

Es sollen im ganzen Stadtgebiet eine Reihe von Zentral-läden eingerichtet und das Essen von diesen aus durch Trans-portgefäße nach zahlreichen Ausgabestellen geschafft und dort ver-teilt werden. Um festzustellen, in welchem Umfange die Bevölkerung sich schon in der jetzigen Zeit an der Volksspeisung zu beteiligen ge-denkt, und in welcher Stadtgegend das Bedürfnis am meisten empfunden wird, war bekanntlich eine Voranmeldung in sämtlichen Häusern herbeigeführt worden. Unter Berücksichtigung des Ergeb-nisses dieser Voranmeldung sollen nunmehr nach und nach im ganzen Stadtgebiet die nötigen Einrichtungen in Wirksamkeit treten. Die erste Zentralküche wird bereits am 10. Juli in der Markthalle Treseowstraße eröffnet werden. Die Vorbereitungen für alle in Aussicht genommenen Zentralküchen sind aber bereits in der Weise getroffen, daß noch im Laufe des Sommers zu einer Verab-reichung von 250 000 Litern fertiger Speisen wird geschritten werden können.

Inzwischen werden aber auch weitere Einrichtungen getroffen werden, um dann im Winter nötigenfalls in der Lage zu sein, eine erheblich größere Zahl von Einwohnern speisen zu können.

Wegen Sicherstellung der erforderlichen Lebensmittelvorräte schweben Verhandlungen mit dem Kriegsernährungsamt und dem Oberpräsidenten; nur bei Erfolg dieser Verhandlungen wird die wirksame Durchführung der Volksspeisung möglich sein.

Bekanntlich soll die Speisenaufgabe nicht den Charakter der Wohltätigkeit tragen; sie soll allen Bevölkerungsteilen zum Selbst-kostenpreise des Magistrats zur Verfügung stehen. Zurzeit ist nur eine teilweise Anrechnung auf die Fleisch- und Kartoffelkarte in Aussicht genommen, während die anderen Lebensmittelarten nicht in Anspruch genommen werden sollen. Zur Ermöglichung einer weitgehenden Beteiligung soll die Bezahlung erst bei Entnahme des Essens stattfinden.

Die, wie oben erwähnt, angeforderten zwei Millionen Mark sollen der Ausführung der erforderlichen baulichen Anlagen, Küchen-, Transport- und Speiseeinrichtungen dienen.

Ja, die „hohen“ Löhne —!

Unter dieser Ueberschrift brachten wir in Nr. 157 nach den An-gaben einer Arbeiterin eine Betrachtung über die keineswegs „hohen“ Löhne, mit denen selbst jetzt in der Kriegs- und Teuerungszeit noch manche Arbeiterinnen sich durchschlagen müssen. Uns kam es an auf eine Kennzeichnung und Zurückweisung des albernen Geredes von Reuten, die so tun, wie wenn die Arbeiterklasse jetzt Reich-tümer einheimst und ein äppiges Leben führt. Unsere Ausführungen haben, wie uns bekannt wird, bei Arbeiterinnen des darin genannten Betriebes von Siemens u. Halske (Glaslampenwerk in Charlottenburg) vollen Beifall gefunden. In-zwischen ist dort einigen im Alford auch nur wenig verdienenden Arbeiterinnen bedeutet worden, sie sollten dafür sorgen, daß sie mehr fertig bringen. Nur nebenbei erwähnten wir bei Angabe der Höhe des Lohnes jener Arbeiterin und der davon gemachten Ab-züge den „Werkverein“, für den die Wochenbeiträge ohne weiteres bei der Lohnauszahlung einbehalten werden. Unter Bezug-nahme hierauf gibt ein früher gleichfalls im Glaslampen-werk von Siemens u. Halske beschäftigt gewesener Arbeiter und Kenntnis von einer Mitteilung des Vorkommens des „Werkverein“, wonach kein Arbeiter und keine Arbeiterin eines Betriebes von Siemens u. Halske dem „Werkverein“ angehören dürfte. Darin wird sogar erklärt, daß jetzt mehr als ein Drittel der Arbeiter und Arbeiterinnen von Siemens u. Halske dem „Werk-verein“ nicht angehört. Sehr gern stellen wir das hiermit fest; viele Arbeiter und Arbeiterinnen werden es bisher nicht ge-wußt haben. Jener Arbeiter fügt noch eine Mitteilung darüber bei, mit welcher vielfachenden Mühe man ihn selber zum Eintritt in den „Werkverein“ zu bewegen suchte, nachdem er abgelehnt hatte.

Die Lage der kleinsten Milchhändler.

Die Milchknappheit ist besonders drückend für die kleinsten Händler. Das sind die sogenannten Abnehmer, die sich nicht selber eine Pachtung leisten können, sondern auf die Witverforgung durch einen anderen Pächter angewiesen sind. Aus Charlottenburg geht uns die Klage eines solchen Abnehmers zu, der über trübe Ge-schäftslagen zu berichten weiß. Früher waren den großen Pächtern die kleinsten Abnehmer sehr willkommen, weil an ihnen ziemlich mühelos ein ganz hübsches Stück Geld zu verdienen war. Denn natürlich lieferte der Pächter dem Abnehmer die Milch nur mit einem Preisaufschlag, was ihm ja auch nicht verdracht werden soll. Heute aber ist es für den Milchpächter lohnender, wenn er von der ihm zur Verfügung stehenden Milch möglichst viel an die eigene Ladenkundschaft absetzt, weil er bei der allgemeinen Milchknappheit ja doch alles „mit Aufhand los wird“. So ein Abnehmer ist seinem Lieferanten jetzt auf Gnade und Ungnade preisgegeben, so daß er froh sein muß, wenn er überhaupt noch Milch von ihm erhält. Drückend ist das nicht nur für den kleinsten Händler, der dabei in Besähe kommt, sein Milchgeschäft ganz ausgeben zu müssen. Auch die Kundschaft, die sich an ein bestimmtes, in der Nähe liegendes Geschäft gewöhnt hat, kann dabei in eine schlechte Lage kommen. Wenn der Pächter den Abnehmer im Stich läßt, nützt dem Kunden keine Milchkarte, die ihm ein Vorrecht auf Milchbezug sichern soll. Wo nichts mehr ist, hat auch der Milchkarteninhaber sein Recht ver-loren. Es läge im Interesse nicht nur der kleinsten Milchhändler, sondern auch der Milchverbraucher, wenn eine bessere Milchver-teilung ermöglicht würde.

Der schwere Straßenbahnunfall, der sich in der Nacht zum 11. März an der Kreuzung der Koburger und Hauptstraße in Schöne-berg ereignet hat, beschäftigte gestern die Strafkammer des Land-gerichts II. Wegen fahrlässiger Tötung, Körperverletzung und Ge-fährdung eines Eisenbahntransports hatte sich der Fahrer Johann We-d-e zu verantworten. Der Angeklagte stand seit 26 Jahren als Schaffner im Dienst der Straßenbahn und wurde aus Anlaß des Krieges als Fahrer beschäftigt. Am Abend des 10. März, kurz nach 1/2 12 Uhr, fuhr er den vollbesetzten Wagen Nr. 98 der D-Linie von Lichterfelde-Händelplatz nach der Heerstraße. An der Kreuzung der Koburger und Hauptstraße fand ein verhängnisvoller Zusammenstoß mit einem dem Angeklagten entgegenkommenden Wagen statt. Der Angeklagte wollte die Hauptstraße grabenauß fahren und überfuhr die Weiche. Infolge dessen fuhr er auf den in entgegengesetzter Richtung kommenden Wagen auf. Der Zusammenprall war furchtbar.

Die Vorderperson der beiden Wagen wurden zertrümmert, in dem Wagen des Angeklagten wurde der Fußboden zusammengeschoben und zerplittert. Eine große Reihe von Personen ist erheblich ver-letzt worden, ein Fahrgast erlitt so schwere Verletzungen, daß er an den Verletzungen gestorben ist. Der angerichtete Materialschaden ist ein ganz bedeutender. Die Anklage wirft dem Angeklagten vor, daß er nicht darauf geachtet habe, daß die Weiche nicht richtig stand und daß er, entgegen der Vorschrift, die Weiche nicht langsam, son-dern in voller Fahrt überfahren habe. Der Angeklagte bestritt ent-schieden, daß die Schuld an dem bedauerlichen Unglücksfall ihm zur Last zu legen sei. Nach seiner Behauptung sei er vorschriftsmäßig langsam an die Weiche herangefahren und habe sich überzeugt, daß die Weiche richtig stand. Diese müße ohne sein Verschulden um-gepungen sein, was öfter vorkomme, und in diesem Falle vielleicht darauf zurückzuführen sei, daß an jener Stelle bei Tage Pfahlarbeiten vorgenommen worden seien und viel-leicht etwas Schmutz in die Weiche gekommen sei. Als er bemerkt, daß er auf das falsche Weiche geraten sei, habe er mit aller Macht gebremst und dem Fahrer des anderen Wagens laut Warnungsrufe zugerufen; diese hätten aber keinen Erfolg gehabt und so sei das Unglück geschehen. — Durch die Beweis-aufnahme, in welcher zahlreiche Fahrgäste des von dem Angeklagten geführten Wagens und betriebstechnische Sachverständige vernommen wurden, ergab sich die Möglichkeit, daß die Weiche in der Tat ohne Verschulden des Angeklagten umgepungen sein kann. Der Staats-anwalt hielt daher ein strafbares Verhalten des Angeklagten nicht für nachgewiesen und beantragte die Freisprechung, auf die die Strafkammer auch erkannte.

Schont die Parkanlagen! Die städtische Parkdeputation bittet die Bürger, in den öffentlichen Garten- und Park-anlagen kein Papier usw. fortzuwerfen, da durch die Säube-rung der Schmutzanlagen der Stadtgemeinde große, bei gutem Willen der Bürgerschaft vermeidbare Ausgaben entstehen und überdies bei dem gegenwärtigen Personalmangel die Säube-rung empfindlich erschwert ist.

Ein fiescher Fleischbeschauer betrug seit einiger Zeit die Kriegs-frauen. Er erzählt, daß er aus dem Felde komme und Grüße von Planne, seinem Kameraden, zu überbringen habe. Durch zwei Schüsse, einen durch den Arm und einen durch den Unterleifer, sei er kriegsuntauglich geworden und müsse entlassen. Er habe jetzt seine Tätigkeit als Fleischbeschauer auf dem städtischen Schlachthofe wieder aufgenommen und sei so in der Lage, den Frauen unter der Hand Fleisch und Fett zu besorgen. Die Frauen sollen immer wieder auf diesen Schwindel herein und viele haben dabei erhebliche Beträge, sogar bis zu 70 und 80 M. eingebüßt. Auch Schankwirte gehen dem Schwindler ins Garn. Der Fleischbeschauer, der sich Walter Jahnus nennt, hat einen rechten Flecken, nur halb beweglichen Arm, ein Loch in der Wade und eine große Jahnulade im Unterleifer. Ob das, was er behauptet, von Schüssen herrührt, läßt sich nicht ohne weiteres feststellen.

Eine gefährliche „Helferin“ ist gestern wieder festgenommen worden. Die 57 Jahre alte Zimmermeisterin und Massierin Ernestine Zimmermann vom Kottbuser Damm 24 leistete schon seit Jahren gewerdmäßig verbotene Hilfe und ließ sich hoch bezahlen. Sie nahm jedesmal 80—50 M. Schon zweimal mit Gefängnis be-straft, nahm sie sofort nach ihrer Entlassung ihr Treiben wieder auf. So auch jetzt wieder. Die Reutlinger Kriminalpolizei beobachtete sie und nahm sie gestern fest. In zwei Fällen, die ihr ohnehin nach-gewiesen werden konnten, ist die alte Sündlerin geständig. Sie hat aber ohne Zweifel noch mehr auf dem Kerbholz. Ein junges Mädchen von 22 Jahren ist infolge ihrer Eingriffe gestorben. Die Verhaftete ist dem Untersuchungsrichter zugeführt.

Ein alter Flederer wurde gestern spät abends auf dem Stettiner Bahnhof festgenommen. Es ist ein 88 Jahre alter „Arbeiter“ Paul Franke, der ausschließlich von der Flederei lebte und schon oft be-straft ist. Franke trieb sich wohnungslos umher und hatte es be-sonders auf Durchreisende abgesehen. Als gestern abend eine Ar-beiterin auf dem Stettiner Bahnhof auf den Zug wartete, mit dem sie weiter fahren wollte, war er ihr heftlich und setzte sich dann mit ihr in den Wartesaal. Von der Reife ermüdet, nickte die Frau ein und jetzt stahl ihr der freundliche Helfer das Portemonnaie mit 50 M. Ein Beamter hatte aber den Vorgang beobachtet, folgte dem Flederer, sobald er festgestellt hatte, daß die Frau bestohlen war, und machte ihn dingfest. Das Geld wurde dem Verhafteten wieder abgenommen.

In freien Stunden, die Romanezeitung der Arbeiterschaft, beginnt im Juli einen neuen Band mit zwei wirkungsreichen Romanen. Der eine schildert den Kampf, den ein einzelner Mensch rachegebend auf-nimmt gegen die Macht der Gesellschaft, die Reiberei und Ferkörrin seines Lebensglücks; der andere rollt ein Stück Menschenschicksal auf, das sich unter der Faust des Krieges gestaltet. Hermann Kurz' Roman „Der Sonnenwirt“ ist ein Meisterwerk deutscher Erzähler-kunst, und auch Levin Schädling, dieser Freund Freiligratts, zählt, was sein Roman „Galber und Gold“ beweisen wird, zu den Schrift-stellern, die sich das Herz ihrer Leser durch spannend aufgetaute Hand-lung sicher erobern. Wieder wird Josef Damberger an den Seiten der „freien Stunden“ mitwirken: er hat viele ergreifende Bilder zu der Geschichte des Sonnenwirts, des gefährdeten Räubers geschaffen. Die Hefte erscheinen in wöchentlicher Folge zu 15 Pf. Doffentlich nehmen neue Scharen von Arbeiterlesern daran teil. Diese Wochen-schrift verdient allgemeine Unterstützung.

Vermißt wird seit einem Gefecht am 28. November 1914 der Wehrmann Ferdinand Köhn, Infanterieregiment 148, 10. Kompanie, angeblich verwundet.

Kameraden, die irgendwelche Auskunft geben können, werden gebeten, dieses an Frau Köhn, Kiederschönhausen, Charlottenstr. 98, gelangen zu lassen.

In der Generalversammlung des dritten Wahlkreises ist ein Regensturm stehengeblieben. Derselbe kann vom Eigentümer in der Expedition, Pringensstraße 81, in Empfang genommen werden.

Aus den Gemeinden.

Zur Massenspeisung in Dichtenberg.

In einer amtlichen Bekanntmachung macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß den Einwohnern, die sich an der Massenspeisung in Dichtenberg beteiligen, die Fleischkarte wie auch die Kartoffelkarte in vollem Umfange belassen wird.

Bezug städtischer Lebensmittel in Adlerhof.

Die Lebensmittelversorgung hat unter dem Regiment des neuen Herrn Bürgermeisters eine für die Bevölkerung erfreuliche Neuerung dadurch erfahren, daß die von der Gemeinde beschafften Lebens-mittel nunmehr in einer ganzen Anzahl durch Ausschlag von Plakaten gekennzeichneten Verkaufsstellen bezogen werden können.

Die Preise und Bezugsbedingungen sind durch Ausschläge bekannt gegeben, die Händler sind verpflichtet, die Preise genau einzuhalten. Zu widerhandlungen haben die Entziehung des Verkaufs zur Folge. Bei allen Einkäufen müssen die Lebensmittelarten vorgelegt werden, Rabierungen an den Entzogenen durch die Karteninhaber werden strafrechtlich verfolgt. Den Hausfrauen liegt es jetzt ob, genau auf die Preislisten zu achten, und jede Ueberschneidung durch ge-wissenlose Händler zur Anzeige zu bringen.

Stadtverordnetenversammlung in Spandau.

In der Sitzung am Donnerstag nahm der städtische Bau von sechs Häusern mit insgesamt 92 Kleinwohnungen zur Einberufung der Wohnungsnote das Hauptinteresse der Versammlung in Anspruch. Der Magistrat ersuchte um Zustimmung, daß sechs Parzellen an der Adamstraße in einer Gesamtgröße von 2291 Quadratmetern an die von Magistrat und Stadtverordneten gebildete gemeinnützige Baugesellschaft Adamstraße m. b. H. zum Preise von 80 M. für den Quadratmeter verkauft werden, und daß die Stadt der Gesellschaft das als Hypothek sicherzustellende Baugeld bis zu 650 000 M. zu 4 Proz. Zinsen und 1/2 Proz. Tilgung unter gleichzeitiger Gewährung eines zinslosen Darlehens von 70 000 M. gibt. Trotzdem schon vor dem Krieg in Spandau eine große Wohnungsnot herrschte, die jetzt aber so krasse Formen angenommen hat, daß Hunderte von Familien und Arbeiterfamilien nach auswärtigen Orten bzw. nach den umliegenden Orten abgehoben werden müßten, war der Freien Vereinigung die Vorlage doch noch zu weitgehend. Stadtbaurat Dr. Boelck betonte, daß an ein Nachlassen der Wohnungsnot nach dem Kriege nicht zu denken sei, da infolge der gesteigerten Tätigkeit in den königlichen Fabriken auch nach dem Kriege noch rege Nachfrage nach Wohnungen vorhanden sein wird. Sollte der Antrag auf Zinserhöhung angenommen werden, so würde der veranschlagte Mietpreis für eine Wohnung von zwei Stuben und Bod von 43 M. um etwa 5 M. erhöht werden müssen. Von den Rednern der kommunalen Vereinigung wurde nachgewiesen, daß die veranschlagten Mietpreise viel zu hoch seien, da für eine 2-Zimmer-Wohnung in der Adamstraße 30-40 M. bezahlt würden. Die Stadt müsse es dem kleinen Mann ermöglichen, für mäßiges Geld eine Wohnung zu mieten und dadurch den unendlichen Mietsteigerungen entgegenzuwirken. Oberbürgermeister Koelke suchte den Hausbesitzern die Vorlage dadurch schmackhaft zu machen, daß er es für selbstverständlich hielt, daß die Stadt die Wohnungen nur nach den jeweiligen Mietpreisen vermieten werde und den Hauswirten keine üble Konkurrenz machen wolle. Eine klägliche Rolle spielte die liberale Fraktion, die in ihrer Mehrheit für die Zinserhöhung stimmte, so daß dieselbe mit 19 gegen 18 Stimmen angenommen wurde. Mit der Zinserhöhung für das Baugeld wurde hierauf die Vorlage angenommen.

Genehmigt wurde der Vertrag zur Verpachtung von 8200 Quadratmeter Hafengelände an die Firma Heberling-Berlin; ferner die Bewilligung von 30 000 M. zur Gewährung von Vorläufen an Hauseigentümer zur Ausführung von Installationen. Bezüglich der Verwahrlosung der Spandauer Jugend, welche auf der Kreisbahn zur Sprache gekommen war, hatten eine größere Anzahl von Stadtverordneten eine Anfrage an den Magistrat gerichtet. Die Synode hatte empfohlen, daß Militärpatrouillen abends jugendliche Herumtreiber aufgreifen sollten. Der Magistrat wird in nächster Sitzung diese Anfrage beantworten.

Ziegenverkauf in Nowatow.

Die Gemeinde beabsichtigt, eine größere Anzahl von Ziegen anzuschaffen, die an die Einwohner abgegeben werden sollen. Interessenten müssen sich umgehend im Zimmer 8/9 des Rathauses in der Brieserstraße melden. Zu welchem Preise die Ziegen abgegeben werden, wird in der Aufforderung des Gemeindevorstandes leider nicht gesagt.

Charlottenburger Aufwendungen für Kriegsunterstützungen. Bis zum Ende des Monats Mai d. J. hat die Stadt Charlottenburg für Unterstützungen an Kriegsfamilien sowohl wie an Nichtkriegsteilnehmer und deren Familien rund 18 000 000 M. aufgewendet. Im Monat Mai allein betragen die Aufwendungen 1 400 000 M.

Stellungnahme des Steglitzer Wahlvereins zur Kreisgeneralversammlung.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung des Wahlvereins wurde über die Kreisgeneralversammlung Bericht erstattet. Nach einer Darstellung der bekannten Vorgänge wurden folgende Feststellungen mitgeteilt:

Nach Abzug des engeren Kreisvorstandes und einiger Delegierten waren nach sorgfältiger Prüfung aller Legitimationen in der Generalversammlung anwesend: 120 Delegierte, 5 Vertreter des Kreises, 1 Abgeordneter, insgesamt 126. Wer steht hinter diesen Vertretern? Der Wahlverein Teltow-Weeslow umfaßt 60 Mitgliedschaften. Die 120 Delegierten vertreten 86 Orte mit 35 312 Mitgliedern. 13 Delegierte hatten sich entfernt,

babon vertreten 10 Delegierte 5 Orte mit 1688 Mitgliedern. Ferner hatten sich von 81 Reußlauer Delegierten 2 entfernt. Die Ortsgebhörigkeit eines Delegierten war nicht zu ermitteln. Von den 15 Kreisvorstandsmitgliedern hatten sich die 7 Mitglieder des engeren und ein Mitglied des erweiterten Vorstandes entfernt. Fünf Mitglieder des erweiterten Vorstandes, darunter ein Mitglied als Delegierter, nahmen an den weiteren Verhandlungen teil, außerdem auch der Reichstagsabgeordnete des Kreises.

Es soll ferner der Ansicht erwidert werden, als haben Reußlau und Lichterfelde die Generalversammlung beherzigt. Auch hier ein paar Zahlen: Reußlau hat 83 Delegierte, anwesend waren 29, Lichterfelde hat 3 Delegierte, anwesend waren 3, insgesamt 32, denen 88 Delegierte der anderen Orte gegenüberstehen.

Der Berichterstatter beleuchtete weiter die einseitige Parteinahme des Parteivorstandes für den bisherigen Kreisvorstand. Der Parteivorstandsgeschäft hat vor der Generalversammlung die Erwidrerung der drei vom Parteivorstand angegriffenen Reußlauer Genossen im „Vorwärts“ verhindert und sogar den Abdruck von Äußerungen zweier Parteiblätter verboten, obgleich diese Äußerungen bereits in der „Vossischen Zeitung“ erschienen waren! Nach der Kreisgeneralversammlung hat der Parteivorstand von neuem gestrichen: 1. einen längeren Artikel der Redaktion über die Bedeutung der Vorgänge in Teltow-Weeslow (der Artikel war eine Antwort auf einen für den alten Kreisvorstand günstigen Stempferischen Artikel, dessen Abdruck der Parteivorstand nicht beanstandete!); 2. die oben inhaltlich wiedergegebene Feststellung des am Sonntag gewählten Kreisvorstandes; 3. hat der Parteivorstand nach dem Muster der bürgerlichen Zensur an einer Erklärung des Lichterfelder Ortsvorstandes Änderungen vorgeschlagen, von deren Berücksichtigung der Parteivorstand die Aufnahme der Erklärung abhängig machte. Diese Mittelungen lösten eine starke Erregung aus. In der Diskussion wurde das Verhalten der Steglitzer Delegierten gebilligt und gefordert, daß der Ortsvorstand nur noch mit dem neuen Kreisvorstand zu verhandeln habe. Gegen eine Stimme wurde folgende Resolution angenommen:

„Die außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins Steglitz stellt fest, daß die Kreisgeneralversammlung statutengemäß gehandelt hat, und billigt alle dort gefassten Beschlüsse.“

Die Mitgliederversammlung verurteilt das undemokratische, parteierfürende Verhalten des Kreisvorstandes. Sie spricht weiter ihre Entrüstung aus über das unerhörte Vorgehen des Parteivorstandes, der unter Ausnutzung eines angekauften Zensurrechts den „Vorwärts“, das Organ der Berliner Genossen, sogar daran hindert, die Parteigenossen Berlins über Parteivorgänge zu unterrichten.“

Darauf wurden die Wahlen zur Verbands- und Kreisgeneralversammlung vorgenommen.

Aus aller Welt.

Was ein Druckfehler anrichten kann.

Durch viele Blätter Deutschlands ging dieser Tage die Nachricht, daß in Apolda Eier für 5 Pf. das Stück verkauft worden seien. Der Stadtgemeinde erwußte durch diese unrichtige Notiz, die dadurch entstanden war, daß beim Druck des Marktberichtes aus der „15“ eine „5“ geworden war, eine ungeheure Arbeit, da viele Anfragen und Bestellungen auf solche billige Eier einliefen. Es soll nicht viel an einer Million Schod Bestellungen fehlen, die naturgemäß nicht ausführbar sind.

Uns war jene Notiz auch zu Gesicht gekommen. Wir hielten den Preis von 5 Pf. für ein Ei in der jetzigen Zeit aber für eine Unmöglichkeit, weshalb wir der Nachricht aus Apolda sehr mißtrauisch gegenüberstanden und auf ihre Wiedergabe verzichteten.

Religiöser Wahnsinn in einer russisch-polnischen Gemeinde. Ihren Bischof wollten dieser Tage, wie dem „Lokalanzeiger“ geschrieben wird, in Lodz eine Anzahl Frauen „kreuzigen“. Als dort der russische Bischof Kowalski in der Mariawiten-Kirche an der Bodleisestraße erschien, versammelten sich zahlreiche Frauen, die riefen, sie hätten beschlossen, den Bischof zu kreuzigen. Der Geistliche, der die Frauen durch Ermahnungen von ihrem wahnwitzigen Vorhaben abhalten wollte, konnte nichts ausrichten und mußte schließlich angesichts der drohenden Haltung der Versammelten die Flucht ergreifen. In derselben Kirche und gegenüber dem gleichen Bischof haben sich vor etwa zehn Jahren ähnliche Ausschreitungen abgespielt.

Unwetterwäden in Frankreich. In den letzten Tagen haben heftige Gewitterregen in den verschiedensten Gegenden Frankreichs

großen Schaden angerichtet. In Muffidan und Maubourget ist die Ernte durch Hagelschlag total vernichtet. Der Hagelschlag war so heftig, daß mehrere Personen verletzt wurden. In Pau wurden einige Schuppen des Flugfeldes zertrümmert, die Straßen stehen unter Wasser, auch die Dampfkessel wurden verheert. Die Verbindungen sind vielerorts unterbrochen. — Laut „Petit Parisien“ beläuft sich der durch die letzten Unwetter angerichtete Schaden in der Auvergne auf mehrere Millionen. Der Hagel habe alles vernichtet. In Maffettes habe ein Erdbeben stattgefunden. Im Kanton Besse seien fast alle Verbindungen abgebrochen. Auf verschiedenen Brücken sei der Verkehr unmöglich. Zwischen Besse und Chaudouret haben die angeschwollenen Ströme mehrere Brücken weggerissen.

Gefährdete Weinernte in Frankreich. „Rain“ meldet aus Toulouse: Seit einiger Zeit beobachten die Weinbauern des Südens und Languedocs in den Weinbergen ein allgemeines Auftreten des Schmetterlings der Pyraleraupe. In den letzten Tagen habe die Vermehrung des schädlichen Insektes beunruhigenden Umfang angenommen. Im ganzen Weingebiet Frankreichs sei wegen Fehlens von Arbeitskräften die Pflege der Reben vernachlässigt worden, so daß die weniger widerstandsfähigen Weinstöcke durch das Insekt vollständig angegriffen seien.

Parteiveranstaltungen.

Tempelhof. Donnerstag, den 22. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung des Wahlvereins bei Reimer, Ordensmeisterstraße, Ecke der Voltstraße. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Königs-Waldenhausen. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonntag, den 25. Juni, nachmittags 4 Uhr, beim Genossen Schumann in Wildau statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreis-Generalversammlung. Mitgliedsbuch ist mitzubringen.

Jugendveranstaltungen.

Arbeiter-Jugend Schöneberg. Samstagabend: Radfahrnachricht nach Birkenwerder-Summit-Hennigsdorf. Fahrgehalt 90 Pf. Treffpunkt 10 Uhr vor dem neuen Rathaus.

Sonntag: Spielen auf dem Platz Rubensstraße. Anfang 5 Uhr. Mittwoch: Spielabend im Lokal von Henkel, Reintinger Str. 8. Anfang 8 Uhr. Gäste auf allen Veranstaltungen willkommen.

Pantom-Niederhörschhausen. Sommerabend vom 24. Juni zum 25. Juni bei Bernau. Treffpunkt abends 7 1/2 Uhr Bahnhof Pantom-Schönhausen. Fahrgehalt 60 Pf. Gäste willkommen.

Adlershof. Die Arbeiter-Jugend veranstaltet Samstagabend, den 24. Juni, eine Partie nach Teupitz. Treffpunkt: abends 8 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 31. Fahrgehalt 2 M. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

M. B. 1. Es kann sehr schade sein, wenn die Redaktion einmündig wird. — **W. R. 20.** 1. Ja. 2. Wenn der Verwalter in Vollmacht des Wirtes gehandelt hat, so gilt die mit dem Verwalter getroffene Abmachung. — **H. 44.** 1. Die Kündigungsklausel hat auch für Sie Gültigkeit. 2. Nein. — **S. 26.** Ja. — **H. B. 2. 1. III.** Für Sie kommt das nicht in Frage, da bei Ihrer schweren Kriegsschädigung eine weilenliche Herabsetzung der Rente überhaupt nicht erfolgen kann. — **W. S. 66.** Ein Stempelbogen ist dazu nicht nötig. — **S. 50.** Argend ein Recht, nach einer Berliner Fabrik reklamiert zu werden, steht Ihnen nicht zu. Deshalb werden Sie gegen Ihre Vorbereitung nach Spandau unternehmen können. — **M. 23. 100.** Geringe arbeitsmäßige Beschwerden. Denkschrift. Die Verordnung bezieht sich auch auf die Hilfskrankenassen. — **R. 24.** Landsturmpflichtig; geringes Lungen- und Herzleiden. — **G. R. 50.** Wir würden Ihnen empfehlen, unter näherer Begründung Ihrer mißlichen Verhältnisse einen Antrag auf Exstratierung zu stellen, damit die Gemeindeverwaltung eingegriffen. Sollte er dort abgelehnt werden, dann können Sie sich an den Kreisrat wenden. — **S. 21. 23.** Wenn Sie den im Vertrag vorgeschriebenen Kündigungstermin nicht einhalten haben, so haften Sie für die Miete auf ein weiteres Jahr. Sie können die Wohnung nicht räumen; wenn Sie die Miete nicht zahlen, kann sich der Hauswirt schloßlos an Ihren Sachen halten oder Miete auf Nichtzahlung einreichen, ebenso kann er Sachen und Roben, soweit sie pfändbar sind, pfänden lassen. — **G. B. 77.** 1. Wir würden empfehlen, das Mietverhältnis zum aufrufen. 2. Ein nochmaliger Antrag auf Rückzahlung der Mietschuldigung wird wenig Aussicht auf Erfolg haben. — **J. B. 3.** 1. und 2. Die Strafe ist durch Anwesenheit des Käufers aufgehoben. 3. Beide Straftaten werden getrennt behandelt. Auf die erstere steht Gefängnis von sechs Monaten bis zu zwei Jahren, auf die zweite Mittel- oder strenger Arrest nicht unter 14 Tagen oder Gefängnis bis zu fünf Jahren. 4. Nein. — **Reußlau 12.** Abzüge von der Rente können Sie nicht machen. Sie können nur den Wert aufrufen, daß er innerhalb einer angemessenen Frist von vielleicht acht bis vierzehn Tagen dem Wangel abhilt. Sonst können Sie nur auf Lösung des Mietvertrages klagen. — **S. 2. 100.** Landsturmpflichtig; Krankheits- oder Fehler größerer Gelenke. — **W. W. Drangeistr. 1.** und 2. Nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Warm, vorwiegend heiter und trocken, im Südwesten vereinzelt Gewitter.

Schau- fenster **Carl Zobel** Schau- fenster
121 Köpenicker Str. 121
 Eckhaus Michaelkirch-Straße 9-10.

Herren-, Jünglings- und Knaben-Bekleidung
 fertig und nach Maß.

Alle Größen, auch für sehr korpulente wie überschlanke Herren, stets reiche Auswahl.
Sehr billige, aber feste Preise.

Frühjahrs-Neuheiten
Anzüge • Paletots • Ulster
 in reichster Auswahl.
 Werkstätten im Hause. — Ankleidezimmer in jeder Abteilung.
 Besichtigung meiner Lager ohne Kaufzwang.
Gr. Stofflager für Maß-Anfertigung.
 Staatspreise. Goldene Medaille. Ehrenpreise.

Zu allerbilligsten Tagespreisen empfehle in allen meinen Verkaufsstellen

Butter, Eier, Käse Marmeladen
 und andere Nahrungsmittel in besten Qualitäten.

J. F. Assmann
Butter-Großhandlung.
 35 Verkaufsstellen in Groß-Berlin.

Buchhandlung **Vorwärts**
 Berlin SW., Lindenstr. 3

Die Zarengeißel
 Sturmshreie aus hundert Jahren.
 Dichtungen von Platen, Chamisso, Beranger, Herwegh, Freiligrath, Keller, Lurjean, J. Deussen, Wendell, Gorki, Freytag, Diederich u. a.
 Herausgegeben von **Dr. Franz Diederich**
 Preis 50 Pf.

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Norden
 Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Bestellungen.

Drogen, Farben Bendckendorff Silesische Str. 11 Hans-Schlotterdort.	Solange der Vorrat reicht Gerold KASSE Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.
Fleisch- u. Wurstw. Gutschmanns Centr. Wibert-Str. 154.	Mehlhandlungen C. E. Fink, Pankstr. 92.
F. Jardy Ww. vorm. O. Lucke Stralsunderstr. 27.	Möbelmagazine Wiese & Co. Reinholdstr. 97 Tischlermeister
Herr-, Dam-, Knab- u. Mädchen-Garder. O. Hoffmann Veteranenstr. 14 fertig u. n. Maß	
Kohlenhandlung A. Krüger Malmber Str. 11, allerbill. Tagespreis.	
Kolonialwaren Strollitzer Str. 57	
Wih. Thomas Reinholdstr. 14 Mehlhandlung	

Bezugsquellen-Verzeichnis Berlin-Osten
 Erscheint wöchentlich einmal. Untenstehende Geschäfte empfehlen sich bei Bestellungen.

Bäcker- und Konditoreien Bäckerei Nordstern Inh. Gust. Müller Pillniser im Süden, Oststr. 1. Umgebung	Butter, Eier, Käse P. H. Ackermann, 8 Filialen
Solange der Vorrat reicht Gerold KASSE Bei gemeinsamem Bezug Preisermässigung Berlin, Lützowstr. 94. Verlangen Sie Preisliste.	Mehlhandlung Joh. Pleisch Königsberger Straße 26-27
	Molkereien Jul. Göthling Lichtenberg Friedrichstr. 24.
	Photograph-Ateliers Hayn, Frankfurt, Allee 92 Keg. Ringh. Frank. Allee Joh. O. Zwick, Adress- str. 28 a. Adressplatz
	Warenhäuser Karlberg Warenhaus Max Fleming Alt-Stralun 11. Verw.-Lec. erb. 5 Pf.
	Zahn-Atelier Wohlert Silesische Str. 40 (am Alexanderpl.)